Nr. 92.

15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 21. April 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die letzte Friedenshoffnung ist geschwunden, der Krieg ist nun unvermeidlich. Das Ultimatum der Vereinigten Staaten, das den gleichlautenden Beschlüssen des Repräsentantenhauses und des Senats entspricht, trägt schon die Unterschrift Mac Kinley's und ist dem spanischen Gesandten bereits formell überreicht. Nicht lange dürfte es noch währen, bis die ersten Panzerschiffe aneinanderrennen werden, bis die ersten teuflischen Torpedos wieder im Ernstfalle erprobt werden und unschuldige Menschenleben in Hekatomben dem Kriegsgotte geopfert werden.

Es heißt, daß Mac Kinley der spanischen Regierung bis Sonnabend Mittag Frist zur Beantwortung des Ultimatums eingeräumt habe. Spätestens Sonnabend dürfte somit der Kriegszustand eintreten, wenn Spanien nicht etwa aus militärischen Rücksichten auf die Frist verzichten und irgend einen schnellen Anschlag auf amerikanisches Gebiet oder Schiffe unter amerikanischer Flagge unternehmen sollte. Auch für die spanische Regierung scheint es mit Rücksicht auf die hochgradige Erregung der Bevölkerung und auf die im Falle der Nachgiebigkeit drohenden inneren Gefahren kein Zurück mehr zu geben. Wie allgemein die Situation Spaniens für verzweifelt angesehen wird, ist aus dem Kurssturz der spanischen Renten zu ersehen. Sie sind an der Frankfurter Börse seit gestern von 40,60 auf 36,20 gefallen.

Die Vorbereitungen für den Kriegsfall sind zwar nicht zum Abschluß gekommen, aber infolge der langen zur Verfügung gestandenen Zeit sehr weit gediehen.

Ueber die letzten Vorbereitungen in Amerika wird der „Frankf. Ztg." aus New-York telegraphirt:

> Der Kongreß wird schleunigst zur Bildung eines Heeres von etwa 200 000 Mann seine Genehmigung ertheilen. Davon ist ein großer Theil für die Invasion auf Kuba bestimmt. Die Werbebureaus sind hier an allen öffentlichen Plätzen eröffnet. Die Meldungen laufen sehr zahlreich ein. — Eine Anleihe von 100 Millionen Dollars ist geplant, die in kleine Beträge zerlegt und durch die Postämter dem ganzen Volk zugänglich gemacht wird. — Von einer Mac Kinley nahestehenden Seite wird erklärt, daß der Präsident glaubt, der Krieg werde von sehr kurzer Dauer sein, da die Regierung die umfassendsten Vorbereitungen treffe, die größtentheils der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden sind. — Der spanische Gesandte Bernabe dürfte heute noch abreisen.

Politische Erwägungen treten heute, wo wir vor einer vollendeten Thatsache stehen, hinter den militärischen zurück. Nicht die Frage kann strittig sein, wer aus dem unseligen Kriege als Sieger hervorgehen wird. Diese Frage bedarf fast keiner Antwort. Ein Land mit erschöpften Hilfsquellen, das in jahrelangem opferreichen Kampfe das Häuflein kubanischer Insurgenten nicht zu bezwingen vermochte, kann nicht die amerikanische Großmacht bezwingen. Wohl können die spanischen Schiffe Erfolge über die amerikanischen erringen, Amerika's Handel und Ausfuhr kann schweren Schaden leiden, aber selbst wenn die Aktionen der Spanier von den märchenhaftesten Erfolgen begleitet wären, müssen sie in nicht zu ferner Zeit finanziell erschöpft, den Frieden akzeptiren. Der ununterbrochene Kursfall der spanischen Renten, die ungeheuren Verluste der Rentenbesitzer lassen nicht daran zweifeln, daß Spanien im Auslande kein Geld zum Kriegführen auftreiben kann. Spaniens Bevölkerung ist aber blutarm, bei ihr würde eine Zwangsanleihe nur mit einem völligen Mißerfolg enden. Freilich die Geistlichkeit und vor allem die geistlichen Orden und dann eine sehr wenig zahlreiche Schicht von Millionären, die zum Theil dem Adel angehören, haben seit Jahrhunderten ungeheure Schätze angesammelt. Aber es wird ungeheuer schwer fallen, von dieser Seite ohne jede Aussicht auf Rückzahlung das Geld zu einem langwierigen Kriege zu erhalten. Mehr noch als anderwärts ist in Spanien die katholische Geistlichkeit ein Staat im Staate, eifersüchtig die eigenen Interessen wahrend, frei von jeder Sentimentalität, nie bereit, für das Gemeinwesen ernsthafte Opfer zu bringen.

Wie anders ist dagegen die finanzielle Situation der Vereinigten Staaten. In den Kellern des Bundesschatzhauses liegen hunderte Millionen Mark in gemünztem Gold, weit mehr liegt in den Kellern der hochentwickelten amerikanischen Großbanken, die jederzeit bereit sind, einem so sicheren und zahlungsfähigen Schuldner wie ihrer eigenen Regierung einen durch nichts beschränkten offenen Kredit einzuräumen. Aber die amerikanische Regierung scheint die Banken gänzlich bei den Anleihen umgehen zu können, will sie doch ihre Kriegsanleihe bei den Postanstalten auflegen lassen und so zeigen, daß sie ganz direkt beim eigenen Volke so viel Geld erhält, als sie nur immer benöthigen könnte. Von England abgesehen, hat kein europäischer Staat nur die Hoffnung gehegt, einen großen Krieg ohne Inangriffnahme ausländischen Kapitals zu führen. Man erinnere sich bei diesem Anlasse an die Schwierigkeiten des Norddeutschen Bundes, von den deutschen Kapitalisten Geld zur Führung des deutsch-französischen Krieges zu erhalten. Wucherzinsen mußten damals an unsere patriotischen Bankiers gezahlt werden, die nur durch den Hinweis auf den Landesverraths-Paragraphen des deutschen Reichs-Strafgesetzbuches abgehalten werden konnten, der Regierung Napoleons das Geld vorzuenthalten, welche im Begriffe stand, den Krieg in das eigene Vaterland zu tragen.

Mehr denn je ist heute das Wort des kaiserlichen Feldmarschalls Fürsten Montecuculi wahr, daß zum Kriegführen Geld, Geld, und wieder Geld gehöre. Schon deshalb ist die Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten überaus groß. Aber auch das Menschenmaterial, das Spanien in den Kampf senden kann, steht hinter dem der Vereinigten Staaten zurück. Die Vereinigten Staaten haben eine Bevölkerung von ca. 73 Millionen, Spanien hat dagegen nur 27 Millionen. Die spanische Armee ist durch die ungeheuer verlustreichen Kriege auf Kuba und den Philippinen schwer geschädigt, die besten Truppen sind von den Kugeln der Insurgenten und noch mehr vom gelben Fieber hinweggerafft; die Gefahren im Innern, die Rücksichten auf Marokko erlauben nicht, das Mutterland von Truppen ganz zu entblößen; das Vertrauen der Truppen in das Offizierkorps und in die Generalität ist tief gesunken; die Aussichtslosigkeit des Krieges muß Heeresleitung und Truppen moralisch tief niederdrücken.

Wie ganz anders stehen die Vereinigten Staaten da. Wohl haben sie eine überaus lang ausgedehnte Küste zu vertheidigen, aber ihr dichtes Eisenbahnnetz wird es sehr erleichtern, landenden spanischen Truppen große Heeresmassen entgegen zu werfen. Die Milizen der Amerikaner werden durch gute Bewaffnung, Ernährung und Intelligenz die etwaige bessere militärische Ausbildung der Spanier wett machen.

Und auf Kuba werden die Insurgenten, mit denen die Spanier nicht fertig werden konnten, bald so verstärkt werden, daß die spanische Flagge schon lange vor Beendigung des Krieges von der Perle der Antillen verschwinden muß. Auch auf den Philippinen wird der Aufstand wieder in hellen Flammen ausbrechen. Truppen dahin nachzuschieben, wird den Spaniern nicht möglich sein, dagegen können die Amerikaner mit Leichtigkeit Truppenmassen dorthin werfen, die Spanien möglicherweise zwingen dürften, die werthvolle Inselgruppe gänzlich aufzugeben. So sind die Aussichten aller Operationen zu Lande für die Spanier ungünstig.

Ihre Hoffnung setzen diese daher auf den Seekrieg, die Blokade der amerikanischen Häfen und die Unterbindung des nordamerikanischen Handels durch Kaperschiffe.

Aber auch in dieser Hinsicht sind die spanischen Hoffnungen jedenfalls zu hochfliegend. Ueber die Stärke der amerikanischen Flotte dürfte man erst in den nächsten Wochen genaueres erfahren. Mit ungeheuren Geldmitteln und rastlosem Eifer haben sich Vertreter des amerikanischen Marine-Amtes in Europa, Amerika und Asien bemüht, Kriegsschiffe und für den Kriegsfall verwendbare schnellfahrende Handelsschiffe anzukaufen. Auf der Staatswerft zu New-York werden allein 26 angekaufte mittelgroße Dampfer, Schleppdampfer und Dampfyachten zu Kohlenschiffen, Hilfsschiffen und Avisos umgewandelt; die meisten dieser Fahrzeuge sollen dann nach den südlichen Häfen und Key West abgehen.

Am 5. April wurden 10 schnelle, zwischen 15 und 18 Knoten laufende Dampfer der amerikanischen Morgan-Red- und Old-Dominion-Linien angekauft, deren Ausrüstung als Hilfskreuzer im Werke ist.

Was an Stahldampfern käuflich war, wurde angekauft und wird nun mit Maximkanonen und anderen allermodernsten Mordinstrumenten bewaffnet. Die Spanier konnten mit den von den amerikanischen Agenten gebotenen Preisen nicht konkurriren. Freilich, die Bemannung und Einübung des für diese Schiffe nöthigen Personals hat seine großen Schwierigkeiten.

Nach der amtlichen Statistik von 1897 haben beide Länder nachstehende Kriegsflotten:

	Schiffe:	Mannschaft:	Kanonen:
Spanien	46	9 264	682
Ver. Staaten	82	12 621	556

Die Handelsflotte zeigte 1896 folgenden Bestand:

	Dampfer:	Tonnen:
Spanien	427	313 178
Ver. Staaten	6595	2 807 208

Diese Ziffern sind aber theils nicht zuverlässig, da sie über die Qualität des Schiffsmaterials nichts sagen, theils sind sie nicht mehr zutreffend, da beide Staaten in der letzten Zeit große Anstrengungen gemacht haben, um ihr Schiffsmaterial zu vergrößern und zu verbessern. Nach einer neueren englischen Quelle, im „All the Worlds fighting Ships" macht die „Frankf. Ztg." nachstehende Angaben:

Spanien hat folgende gefechtstüchtige Schiffe: 1 großes modernes Panzerschiff, 5 moderne gepanzerte Kreuzer, 2 veraltete Panzerschiffe, 2 mittelgroße und 3 kleine gedeckte Kreuzer mit leichter Armirung, 3 ungedeckte Kreuzer, 6 Schiffe ohne Gefechtswerth und 12 Widder- und Torpedo-Schiffe, zusammen 34 Kriegsschiffe. Das wären also weniger als die amtliche Statistik angiebt. Die Vereinigten Staaten dagegen besitzen 4 große und 8 kleinere moderne Panzerschiffe, 2 moderne gepanzerte Kreuzer, 13 Küsten-Panzerschiffe, 3 große schwere gedeckte Kreuzer, 10 mittelgroße gedeckte Kreuzer, 3 kleine gedeckte Kreuzer, 9 ungedeckte Kreuzer, 3 Schiffe ohne besonderen Gefechtswerth und 1 Torpedo- und Widderschiff, zusammen 56 Kriegsschiffe, von denen noch der im Hafen von Havana explodirte „Maine" abzurechnen ist. Das ist ebenfalls weniger als die amtliche Statistik angiebt, aber immerhin weit mehr als Spanien besitzt. Außerdem haben die Vereinigten Staaten in der letzten Zeit 3 große Panzerschiffe, 8 große und 13 mittelgroße gedeckte Kreuzer, sowie 2 Torpedoschiffe und 20 Torpedozerstörer gekauft und kaufen fortwährend Kriegsschiffe. Jedenfalls hat Amerika eine größere Schlachtflotte, während Spanien seine Küste besser vertheidigen kann. Wenn der Krieg ausbricht, so werden die Vereinigten Staaten wahrscheinlich zunächst auf die Blokirung Kuba's ausgehen, um die dortigen Spanier zur Uebergabe zu zwingen unter gleichzeitiger Unterstützung der Aufständischen. Die Spanier müssen dies zu verhindern suchen, indem sie eine Seeschlacht in der Nähe Kuba's wagen. Das hat aber für sie das Mißliche, daß sie weit herkommen und ihre Schiffe keine großen Kohlenvorräthe bergen können. Nur der „Cristobal Colon", ein Kreuzer von 6840 Tonnen, 14000 Pferdekräften und 20 Knoten Geschwindigkeit, kann Kohlen für 25 Tage mitnehmen, ein weiteres Schiff für 21, eines für 18, zwei für 15 und sieben für 5 bis 10 Tage. Da nun die spanischen Schiffe länger als 14 Tage zu fahren haben, bis sie in die kubanischen Gewässer kommen, müssen sie dort zuerst Kohlen aufnehmen, ehe sie etwas Ernstes beginnen können. Die Schiffe der Vereinigten Staaten dagegen sind in der Nähe ihres Landes und ihrer Hilfsmittel.

Als weiteres Kampfmittel ist die Kaperei ins Auge zu fassen. Im Pariser Frieden ist die Kaperei abgeschafft worden; die beiden einzigen Staaten, die dem damaligen Beschlusse der Mächte nicht beitraten, sind gerade Spanien und die Vereinigten Staaten. Der ausgedehnte Handel Nordamerika's kann durch spanische Kaperschiffe schwer geschädigt werden; auf der andern Seite dürfte aber der spanische Handel völlig vernichtet werden.

Die amerikanischen Häfen sind durch Seeminen und Küstenbefestigungen stark geschützt, und das zu einer Blokade der Häfen auf hoher See nöthige reichliche Schiffsmaterial besitzt Spanien nicht. So dürfte auch der Seekrieg vielleicht einige überraschende Erfolge für die Spanier, aber kaum einen entscheidenden Sieg bringen.

Spaniens Jahrhunderte langer Niedergang, Amerika's märchenhafter Aufschwung stehen sich gegenüber. Die Gegner sind sich zu ungleich, als daß die Entscheidung anders enden kann als mit der Erschöpfung Spaniens. Dem Verluste Spaniens wird nicht ein gleicher Erfolg Amerika's entsprechen.

So wird dieser Krieg, wie er auch ausgehen mag, ein schweres Unglück bedeuten und selbst die dollarsüchtigen Amerikaner werden ihn nicht einmal frivol ein gutes Geschäft nennen können. —

Der gestrige Leitartikel ist durch ein Versehen leider entstellt worden.

Auf die Schlußworte des 3. Absatzes in der 2. Spalte (daß die Gesellen in einigen Fällen durch direkte Wahl entscheiden . . .) muß der 5. Absatz folgen (Sonst ist . . . überall die Betheiligung der Gesellen eine indirekte). Dafür hätte dann der Schluß zu lauten:

> Neugierig sind wir, wie viele Innungen den im Normalstatut vorgeschlagenen Einigungsamts-Paragraphen annehmen werden:
>
> Entstehen zwischen den Mitgliedern der Innung und der Gesellenschaft Streitigkeiten über die Regelung des gegenseitigen Verhältnisses, namentlich über Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit und Lohnsätze, so soll durch gemeinsame Berathung des Innungsvorstandes und des Gesellenausschusses eine Einigung darüber versucht werden.
>
> Graf Posadowsky weist zwar jeden Eingriff allgemeinerer Berufsvertretungen in die Verhältnisse des Einzelbetriebes stolz zurück. Das preußische Handelsministerium erkennt hier jedoch, wenn auch sehr schüchtern, die Nützlichkeit solcher Einwirkungen an — vielleicht mit dem Hintergedanken, daß die meisten Gesellen-Ausschüsse nicht gefährlich sein werden, aber immerhin unter Zubilligung eines Rechtes, das den sozialpolitischen Juden und Heiden im Reichsamt des Innern vorläufig noch ein Aergerniß und Greuel scheint.

Politische Uebersicht.

Berlin, 20. April.

Das preußische Abgeordnetenhaus begann heute die Besprechung der bereits vor einigen Monaten eingebrachten Interpellation Szmula (Z.), betreffend die ländliche Arbeiter- und Gesindenoth im Osten. Die Regierung hatte bekanntlich die Beantwortung der Interpellation so lange hinausgeschoben, weil sie erst nähere Ermittelungen anstellen wollte, um für die Erledigung einer so wichtigen Frage genügendes Material zur Verfügung zu haben. Wer etwa erwartet hatte, daß die reiflichen Erwägungen der Regierung dazu führen würden, der Ursache des Arbeitermangels auf den Grund zu gehen und diese Kalamität durch Beseitigung der Zustände, die dieselbe heraufbeschworen haben, aus der Welt zu schaffen, der wurde durch die von dem Landwirthschaftsminister im Namen des Staatsministeriums verlesene Erklärung arg enttäuscht. Kleinliche Palliativmittel, deren Durchführung an den bestehenden Mißständen nichts ändern, wohl aber die heimischen Arbeiter schwer schädigen würde, sind es, die die Regierung nach langen Berathungen herausgeklügelt hat. Sie will den polnischen, galizischen und russischen Arbeitern, die nach den jetzigen Vorschriften nur bis zum 15. November in Preußen bleiben dürfen, den Aufenthalt bis zum 1. Dezember gestatten, sie will in höherem Maße als bisher die Verwendung von Strafgefangenen und Korrigenden in der Landwirthschaft zulassen und die Generalkommandos anweisen, begründete Wünsche der Landwirthschaft durch zweckmäßige Beurlaubungen zu berücksichtigen. Ferner will sie dafür sorgen, daß von Reichs wegen das Gewerbe der Gesinde- und Stellenvermittler konzessionspflichtig gemacht wird und schließlich will sie die Auswüchse der Freizügigkeit beseitigen. Daß Frhr. v. Hammerstein mit dieser letzten Absicht kurz vor den Wahlen so offen herausrückt, dafür wird ihm die Sozialdemokratie sehr dankbar sein. Der Schutz der von der Regierung bedrohten Freizügigkeit der Arbeiter wird für uns eine ebenso wirksame Wahlparole sein wie der Schutz der von derselben Regierung bedrohten Koalitionsfreiheit.

Aus der Debatte, an der sich die Abgeordneten Sieg (ntl.), Gamp (frk.), Jansen (Z.) und v. Richthofen (k.) betheiligten, sind nur die Redner der beiden konservativen Redner erwähnenswerth. Als der „Vorwärts" vor wenigen Tagen darauf hinwies, in wie seltsamer Weise die ostelbischen

Agrarier die nationale Arbeit schützen, da fühlte sich die „Kreuz-Zeitung", obgleich wir von den Konservativen überhaupt nicht gesprochen haben, sofort getroffen. Wir wollen heute offen gestehen, daß wir den Konservativen Unrecht gethan haben, insofern, als wir sie zu hoch eingeschätzt haben; denn das agrarische Gelüst nach derartiger Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, gleichviel ob es sich um Kinder oder um Erwachsene, um Preußen oder Ausländer handelt, wie sie heute von den Konservativen in Vorschlag gebracht wurde, ist kaum je so frech hervorgetreten. Verlangte doch der menschenfreundliche Herr Gamp nichts mehr und nichts weniger als die zwangsweise Verwendung von Vagabunden, Verwahrlosten und — unehelichen Kindern für landwirthschaftliche Arbeiten. Daneben verlangten die Herren eine Herabsetzung der Schulpflicht, um die Schulkinder besser ausnutzen zu können, eine neue gesetzliche Regelung der Sachsengängerei, eine strengere Bestrafung des Kontraktbruchs der Arbeiter, Beschränkung der Freizügigkeit und Zulassung polnischer, russischer, galizischer, und wenn das mit dem nationalen Interesse nicht vereinbar sein sollte, auch die Verwendung italienischer und holländischer Arbeiter. Man sieht, sobald es sich um ihren Vortheil handelt, sind die konservativen Agrarier trotz der gegentheiligen Behauptung der „Kreuz-Zeitung" genau so „international" wie die Zentrumsagrarier.

Nachdem noch Frhr. v. Richthofen ein wenig gegen die sozialdemokratische Landagitation gezetert und die Freisinnigen vor Wahlbündnissen mit den Umstürzlern gewarnt hatte, wurde die weitere Besprechung auf morgen vertagt. Außerdem steht die zweite Lesung des Komptabilitätsgesetzes auf der Tagesordnung. —

Im österreichischen Abgeordnetenhaus begann heute die Verhandlung über den Antrag betr. die Versetzung des Grafen Badeni in den Anklagezustand wegen der Vorgänge in der November-Session des Reichsrathes. Heute sprachen nur Redner für den Antrag, der von deutschvolklicher Seite eingebracht ist. Ueber den Gang der Verhandlungen wird aus Wien telegraphisch gemeldet:

Der Antragsteller Dr. Kaiser führt aus, Badeni habe das Verbrechen des Verfassungsbruches, des Hochverrathes und des Mißbrauches der Amtsgewalt begangen. Die Versetzung des Grafen in den Anklagezustand sei nothwendig im Interesse der Gerechtigkeit. Der zweite Antragsteller Groß (deutsch-fortschrittlich) erklärt, der Rücktritt Badeni's sei nicht als genügende Sühne anzusehen, und beantragt die Ueberweisung des Antrags an eine 36gliedrige Kommission. Der dritte Antragsteller Rieger (Sozialdemokrat) führt aus, die Verfassungsbrüche Badeni's seien durch das Parlament selbst verschuldet, welches geschwiegen habe, wenn die Gewaltthätigkeiten nur gegen Arbeiter gerichtet waren. Die Sozialdemokraten würden die Obstruktion nur anwenden, wenn sie durch die äußersten Umstände dazu gezwungen würden. Dr. v. Grabmayer (verfassungstreuer Großgrundbesitz) erklärt, seine Partei unterstütze den Antrag, damit Beruhigung eintrete. Es sei nothwendig, daß Sühne für das begangene ungeheure Unrecht geboten werde. Es handle sich nicht nur um die Person des Grafen Badeni, sondern um dessen System. Es müsse Sühne geschaffen werden, damit die Regierung sich hüte, ähnliche Wege zu wandeln wie Badeni. Die deutige Abrechnung möge zur Anbahnung des nationalen Friedens führen. Die Debatte wird sodann abgebrochen und die Sitzung auf morgen vertagt.

— **Der Zusammenbruch des Nationalliberalismus** in der Provinz Hannover wird auch in einer Zuschrift an die „Vossische Zeitung" geschildert. Ueberall werde vor den bloßen Kriegsdrohungen der Bündler abgerüstet. Daß noch einige wenige wirklich nationalliberale Kandidaturen übrig geblieben sind, liege nur daran, daß es in den betreffenden Kreisen den Bündlern noch nicht gelungen sei, eigene Kandidaten zu finden.

Es erscheint schon jetzt klar, daß keine Partei zerschundener und zerfetzter aus der kommenden Wahlschlacht hervorgehen wird, als die nationalliberale. Verdient hat sie es reichlich. —

— Auch Graf v. Mirbach-Sorquitten, der Abgeordnete für Sensburg-Oertelsburg und bekannte konservative Führer, will nicht mehr zum Reichstag kandidiren, so theilt die „Post" mit. Im Wahlkreise des Grafen v. Mirbach wird neuerdings die junge masurische Volkspartei, welche mit der freisinnigen Volkspartei Fühlung hat, den Konservativen gefährlich. Da scheint der Herr Graf, der so oft das allgemeine Wahlrecht gelästert hat, sich vor diesem Rechte zu fürchten. —

— **Prinz Heinrich** hat sich, wie der Stuttgarter „Beobachter" einem Briefe aus Hongkong entnimmt, ausgebeten, daß am Empfangsabend im deutschen Klub in Hongkong keine Reden gehalten werden, mit der Begründung, daß er sonst gezwungen sei, zu antworten und „er nicht zum Redner geboren sei!" Das wäre ja rechte Selbsterkenntniß, aber warum hat der Prinz sich dann nicht die bekannte Evangeliums-Rede in Kiel schon gespart? —

— **Von der Zusammenstellung der Zolltarife des In- und Auslandes**, welche im Reichsamte des Innern herausgegeben wird, ist ein neuer Band, der die Landwirthschaft (Nahrungs- und Genußmittel) behandelt, erschienen. Die Zusammenstellung umfaßt die Zolltarife von 60 Ländern und giebt ein klares Bild von den zolltarifarischen Verhältnissen landwirthschaftlicher Erzeugnisse in der ganzen Welt. —

— **Der König von Sachsen als Parteimann.** Aus Anlaß der Dresdener Jubiläumsfestlichkeiten hatten auch der Vorsitzende des nationalliberalen Vereins für Sachsen, Dr. Hensel, und der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion der 2. Kammer, Kommerzienrath Niethhammer, am Dienstag eine Audienz beim König, dem sie eine Bolivtafel überreichen. Der König sprach bei der Gelegenheit, wie nationalliberale Blätter mitzutheilen wissen, die Hoffnung aus, daß die erhaltenden Parteien auch fernerhin, namentlich bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, fest zusammenstehen möchten. „Wir haben ja, fügte er hinzu, früher schon gezeigt, was wir leisten können."

Ob der König bei seinen Ausführungen den Abfall einzelner nationalliberaler Kreise vom „Ordnungskartell" im Auge gehabt hat, weiß man nicht. Jedenfalls hat er sich mit seinen Worten auf den Boden einer bestimmten politischen Parteibildung gestellt. Dagegen haben wir an sich nichts einzuwenden. Wir sind nur neugierig, wie die Verherrlicher des Monarchen als eines Repräsentanten des ganzen Volkes sich mit diesem offenen Eintreten für eine einseitige Parteirichtung abfinden werden. —

Kiel, 19. April. (Eig. Ber.) Die Mitglieder eines Komitees für die unlängst stattgefundene schleswig-holsteinische Erhebungsfeier haben gegen das Dänenblatt „Flensborg Avis" Klage wegen Beleidigung durch die Presse erhoben, weil das Blatt von einem Komitee für die Abhaltung einer „Revolutionsfeier" gesprochen hatte. —

Dresden, 19. April. (Eig. Ber.) In der zweiten Kammer brachte bei der Berathung der von der Regierung vorgelegten Novelle zum Berggesetz, durch welche einige Aenderungen in der Gestaltung der Berginspektion und der Berg-Schiedsgerichte beabsichtigt werden, der Abg. Horn (Soz.), früherer Bergmann, die Wünsche und Beschwerden der sächsischen Bergarbeiter zur Sprache. Er forderte reichsgesetzliche Regelung der ganzen Materie und kritisirte die fortdauernde Vernachlässigung der Forderungen der Arbeiter. Er trat für die Heranziehung praktischer Arbeiter zur Ausübung der Inspektion, Abschaffung der Tantièmenzahlung an die vorgesetzten Beamten, Schaffung von Berufungsinstanzen gegen Urtheile der Berg-Schiedsgerichte, achtstündige Arbeitsschicht, sowie größeren Schutz und weitgehende Wohlfahrtseinrichtungen für die Bergarbeiter ein. Sehr treffend wies der Redner auf die Schädigungen hin, die den Bergarbeitern durch die Zerstörung des Berg- und Hüttenarbeiter-Vereins im Jahre 1895 entstanden seien. Abg. Klöther, Grubenvorstand im Zwickauer Bergrevier, suchte die Regierung in Schutz zu nehmen. Ihm erwiderten von sozialdemokratischer Seite Abg. Fräßdorf und Abg. Goldstein. Die Vorlage der Regierung wurde schließlich bewilligt. —

— **Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.** Vor die Strafkammer in Stuttgart wurde, wie die „Tagwacht" mittheilt, der 27jährige verheirathete Schuhmacher und Ziegeleiarbeiter Pfizenmayer von Waiblingen vorgeladen, welcher gelegentlich der Feier des Geburtstages des württembergischen Königs am 25. Februar d. J. auf dem Felde zu Waiblingen vor anderen Arbeitern der Aktienziegelei mit bezug auf die Gehälter des Kaisers und des Königs eine beleidigende Bemerkung gemacht haben soll. Pfizenmayer beschuldigte den Erdarbeiter Mast, er habe blos aus Gehässigkeit gegen ihn Strafanzeige gemacht. Die fragliche Bemerkung habe sich nicht auf Kaiser und König, sondern auf einen früheren Sultan der Türkei bezogen. Mast, der etwas entfernt gearbeitet, habe die Bemerkung unrichtig verstanden. Der als Zeuge vernommene Mast sowie auch andere Arbeiter bezeugten jedoch, daß Pfizenmayer's Aeußerung sich thatsächlich auf den Kaiser und den König bezogen habe. Er wurde deshalb mit Rücksicht auf seine bisherige Unbescholtenheit zu 2½ Monat Gefängniß verurtheilt.

In Braunschweig wurde wegen Majestätsbeleidigung der Tischler Carl Himstedt aus Wolfenbüttel zu einer Gefängnißstrafe von 5 Monaten verurtheilt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Oesterreich.

Wien, 20. April. Das Reichs-Gesetzblatt veröffentlicht vier Ministerialverordnungen betr. das Verbot der Einfuhr von Saccharin und ähnlichen künstlichen Süßstoffen sowie die Modalitäten der Einfuhr derselben für Apotheker und Drogenhändler. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine Ministerialverordnung, wonach zur Verhütung der Einschleppung der San José-Schildlaus im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung die Einfuhr von lebenden Pflanzen, Pflanzenabfällen und Fässern, welche zur Verpackung solcher dienten, sowie die Einfuhr von frischem Obst und Obstabfällen insofern die Untersuchung an der Eingangsstelle das Vorhandensein der San José-Schildlaus konstatirt, aus Amerika von heute ab verboten ist. Der Ackerbauminister wird bezüglich des Pflanzeneinfuhrverbots ermächtigt, unter den erforderlichen Vorsichtsmaßregeln Ausnahmen zu bewilligen. —

Wien, 20. April. Abgeordnetenhaus. Der Ministerpräsident beantwortet zahlreiche Interpellationen und unter denselben eine solche betreffend Vorkehrungen gegen die Bubonenpest, über die er sich dahin äußert, daß alle Maßregeln zur Verhütung der Einschleppung getroffen und daß die Pilgerbewegung aus Bosnien und der Herzegowina nach Mekka eine Einschleppungsgefahr bedeute, weshalb die Regierung danach trachte, diese Bewegung auf ein Minimum zu beschränken. Der Ministerpräsident bezeichnet ferner die Behauptung, daß bereits in der letzten Delegationssession eine Kreditforderung für die Auslagen, welche die Entsendung der Schiffe nach Kreta verursacht habe, vorgelegt sei, als irrig. Für diesen Zweck werde erst von den demnächst zusammentretenden Delegationen ein Betrag verlangt werden, der übrigens 170 000 Mark nicht übersteigen werde. —

Wien, 20. April. Die heute im Abgeordnetenhause unterbreiteten Ausgleichsvorlagen mit Ungarn umfassen die Reform der Verzehrungssteuer, die Fortführung der Währungsreform, die Abänderung des Bankstatuts und die Erneuerung des Zoll- und Handelsbündnisses. Die Reform der Verzehrungssteuer bezweckt die Steigerung der Staatseinnahmen, die Hebung der Finanzlage der Königreiche und Länder und die Verbesserung der Lage der betreffenden Unternehmungen und Betriebe. Aus dem Ertrage der Branntweinsteuer und der Biersteuer sollen 10½ Millionen den Ländern überwiesen werden. Die Netto-Mehreinnahme für den Staatsschatz wird auf 39 Millionen veranschlagt. Die Zuckersteuer wurde auf 19 Gulden erhöht. Als Maximalsumme der Ausfuhrbonifikationen verbleiben 9 Millionen für den Rückersatz der Ausfuhrprämien. Ueber dieses Maximum hinaus wird ein neuer Vertheilungsmodus vorgeschlagen, nach welchem die großen Fabriken mehr, die kleineren weniger ersetzen werden. Die Konsumsteuer fließt den Ländergebieten zu, in denen der thatsächliche Konsum erfolgt. Der Mineralöl-Zoll wird zum Schutz der inländischen Roh-Petrol-Produktion auf 3½ Gulden erhöht. Behufs Fortführung der Währungsreform schlägt die Regierung die Einziehung der restlichen 112 Millionen Staatsnoten vor durch Golderläge des Staates bei der Bank und durch Ersetzung derselben durch 64 (?) Millionen 5 Kronen-Silbermünzen und 108 (?) Millionen 10 Kronen-Banknoten, ferner die Einziehung der 70 Millionen Salinenscheine durch ein 3½prozentiges Anlehen. Nach der Bankvorlage soll die Betheiligung des Staates an dem Gewinne anstatt bei 7 schon bei 4 pCt. beginnen. Die 80 Millionenschuld wird herabgesetzt auf 30 Millionen durch Rückzahlung von 30 Millionen seitens Oesterreichs und Abschreibung des Restes durch die Oesterreichisch-Ungarische Bank. Die wesentlichsten Neuerungen des Zoll- und Handelsbündnisses beziehen sich auf die Revision des Zolltarifes bei Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1903, auf die Aufhebung des Mahlverkehrs und auf Eisenbahntariffragen. In die auswärtige Vertretung würden Fachmänner entsendet. Neben der ungarischen würde eine österreichische Waarenstatistik angelegt werden. Gegen die Verfälschung der landwirthschaftlichen Artikel, insbesondere der Kunstweine, würden Schutzmaßregeln eingeführt. —

Prag, 20. April. Der Finanzminister Dr. Kaizl ist in seinem früheren Wahlkreise Smichow-Carolinenthal mit großer Mehrheit zum Reichsraths-Abgeordneten wiedergewählt worden. —

Ungarn.

Budapest, 20. April. Abgeordnetenhaus. Der Finanz- und der Handelsminister legen die Gesetzentwürfe betreffend den wirthschaftlichen Ausgleich mit Oesterreich und die damit in Zusammenhang stehenden Finanz- und Handelsvorlagen vor. Beide Minister ersuchen, die Vorlagen dem Finanz- und volkswirthschaftlichen Ausschuß zu überweisen. Die Kossuth-Partei verlangt vor der Ueberweisung an die Ausschüsse Darlegung und Vorlesung der Vorlagen. Der Ministerpräsident Baron Banffy tritt für sofortige Ueberweisung an die Ausschüsse ein. Präsident v. Szilághi erklärt, das Verfahren entspreche dem bisher geübten Brauche. Die Redner der Kossuth-Partei verlangen für ihren Antrag namentliche Abstimmung, deren Vornahme der Präsident für morgen festsetzt. —

Frankreich.

Paris, 20. April. Das Kriegsgericht, das sich gestern sowohl als Körperschaft, wie im Namen der einzelnen Mitglieder für den Zola-Prozeß als Zivilpartei anmeldete, machte bei der Staatsanwaltschaft in Versailles 29 Zeugen namhaft, darunter die Generale Boisdeffre, Gonse und Pellieux und andere Offiziere, ferner Schriftsachverständige und schließlich andere Personen, denen seitens der Dreyfus-Partei ein Bestechungsantrag gemacht sein soll. —

Norwegen.

Christiania, 20. April. Die Militärkommission des Storthings beantragte einstimmig, die Uebungszeit der Rekruten von 42 auf 48 Tage, die der Landwehr von 12 auf 18 Tage zu verlängern. Die Kommission beantragte ferner die Annahme des Vorschlages, die Befestigungen des Tönsbergfjordes, des Topdalsfjordes und der Stadt Bergen in den Vertheidigungszustand zu setzen. —

Türkei.

— **Zur Frage der Räumung Thessaliens.** Der „Agence Havas" wird aus Athen gemeldet, die Räumung Thessaliens werde, da die Finanzdelegirten am 23. d. M. in Paris zusammentreten, an diesem Tage beginnen; die Räumung werde zonenweise vor sich gehen; die erste Zone werde zehn Tage nach dem 23. April geräumt sein. —

— **Serbisch-bulgarischer Kirchenstreit** in Makedonien. Aus Belgrad wird gemeldet: Nach aus Kumanowo unweit Uesküb hier eingetroffenen Nachrichten wäre es daselbst am griechischen Ostersonntage zu Blutvergießen gekommen. Auf Verlangen der zum bulgarischen Exarchat Gehörigen hätten die türkischen Behörden eine Militärabtheilung von vierhundert Mann entsendet, um die Serben, welche die Kirche nebst Umgebung besetzt hielten, zu verjagen. Gegen dreißig der angesehensten Serben wären verwundet worden. Sieben leichter verwundete Serben hätten sich, um Klage zu führen, zum Vali nach Uesküb begeben, welcher eine die Serben befriedigende Abhilfe versprochen habe. Eine Untersuchungs-Kommission sei sofort nach Kumanowo entsendet worden, wo die Kirche gesperrt wurde. Die Serben verharren auf ihrer Forderung, die alte Reihenfolge des Gottesdienstes zwischen den dem bulgarischen Exarchat Angehörigen und den Patriarchatstreuen wieder einzuführen. —

Afrika.

— **Vom Sudanfeldzug.** Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Assuan vom 19. d. Mts.: Die Besatzung eines von Shendi nach Dakala zurückgekehrten Kanonenboots berichtet von einem Gefecht mit Theilen der flüchtigen Armee Mahmuds in der Nähe von El Aliab. 200 Derwische sollen getödtet und 70 gefangen genommen worden sein. —

Parlamentarisches.

Der Bundesrath hat in seiner Sitzung am 19. d. M. außer den gestern mitgetheilten Beschlüssen den Gesetzentwurf wegen Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushalts-Etat für 1898 in zweiter Lesung genehmigt und dem Entwurf von Ausführungsbestimmungen zu den Branntweinsteuer-Gesetzen, sowie der Vorlage, betr. die Verleihung von Korporationsrechten an die Panganigesellschaft zu Berlin, dem Ausschußantrage, betr. den Zollverwaltungskosten-Etat für Bremen, und dem Gesetzentwurf, betr. die Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuches in Elsaß-Lothringen, die Zustimmung ertheilt. Ueber die Vorlage vom 30. März d. J., betr. die Erlaubniß als Auswanderungsagenten an zwei weitere Personen, wurde Beschluß gefaßt, die Wahl von drei Mitgliedern der Kommission für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes angenommen und ein Antrag, betr. die Besetzung der Präsidentenstelle bei der Disziplinarkammer für elsaß-lothringische Beamte in Metz, genehmigt. Den zuständigen Ausschüssen wurden überwiesen die Reichstagsbeschlüsse zu dem Bericht der Reichsschuldenkommission vom 12. Mai v. J., zu den Uebersichten der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete für 1894/95, 1895/96 und 1896/97, zu den Rechnungen über den Haushalt der Schutzgebiete von Kamerun und Togo, sowie des südwest-afrikanischen Schutzgebietes für 1892/93 und 1893/94 und zu der allgemeinen Rechnung über den Reichshaushalt für 1893/94.

Der Antrag von Mendel-Ring kommt, wie die „Deutsche Tageszeitung" erfährt, erst Mittwoch, den 27. April, zur Verhandlung. Die Antragsteller haben sich mit der Verschiebung nothgedrungen bereit erklärt, nachdem der Minister für Landwirthschaft mitgetheilt hatte, daß die königl. Staatsregierung nicht Zeit gehabt habe, sich bisher mit dem Antrage zu befassen, sondern erst im Laufe dieser Woche darüber Beschluß fassen werde. Der Antrag ist Anfang März eingebracht. In 7 bis 8 Wochen hätte man, schreibt das Bündlerblatt, nach unserem ganz unmaßgeblichen Urtheile vielleicht doch Zeit haben können, über eine so brennende Frage zu beschließen. Die Einfuhr von Fleisch aus dem Auslande nimmt immer größeren Umfang an. Aus Hamburg haben wir erfahren, daß von Dänemark und den anderen nordischen Reichen das Fleisch in unheimlicher Masse nach Deutschland eingeführt wird. Angesichts dieser jedenfalls auch der Staatsregierung bekannten Vorgänge scheint doch eine gewisse Beschleunigung geboten. —

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung der Gesetzentwürfe betreffend das Diensteinkommen der evangelischen und katholischen Pfarrer ist auf heute Abend einberufen worden. Für ihre Sitzungen muß vom Plenum zeitweise Platz gemacht werden. —

Die Abgeordneten für Breslau, Gothein und Weilekamp, und der Abg. Rickert-Danzig haben, unterstützt von Mitgliedern der freisinnigen und anderer Parteien, folgende Interpellation bezüglich des Mädchengymnasiums in Breslau eingebracht: Welches sind die Gründe, aus denen die königl. Staatsregierung die Genehmigung zur Einrichtung eines von den städtischen Behörden in Breslau beschlossenen Mädchengymnasiums versagt hat? —

Wahlbewegung.

Von den Parteien, die in Berlin bei dem Wahlkampf ernstlich in betracht kommen, ist die freisinnige Partei mit der Aufstellung der Kandidaturen am rückständigsten. Während unsere Partei in allen Wahlkreisen ihre Kandidaten nominirt hat und auch die Antisemiten mit Ausnahme des vierten und sechsten Kreises die Kandidatenfrage geregelt haben, ist von den Freisinnigen bisher nur die gänzlich aussichtslose Kandidatur im vierten und sechsten Wahlkreis genannt und im fünften Wahlkreis sind sie mit der Kandidatur des Herrn Schulinspektors Zwick herausgerückt. Von den Kandidaten, die bei der letzten Wahl auftraten, haben Justizrath Munckel und Prof. Virchow abgelehnt und um Ersatz scheint man in freisinnigen Kreisen sehr verlegen. Wiederholt sind in der Presse Namen aufgetaucht, die das Erbe der beiden sehr angesehenen Männer aus der freisinnigen Partei übernehmen sollten, aber immer verschwanden sie wieder und im dritten Wahlkreis erhob sich sogar sehr starke Opposition gegen eine dem Vertreter der Partei empfohlene Kandidatur.

Sehr sonderbar berührt nunmehr die Mittheilung der „Voss. Ztg.", daß die freisinnige Volkspartei in einer internen Besprechung beschlossen habe, Dr. Langerhans, den bisherigen Vertreter für den ersten Berliner Wahlkreis, im dritten Berliner Wahlkreis aufzustellen. Da nach derselben Quelle Dr. Langerhans die Kandidatur angenommen hat, läßt sich wohl annehmen, daß die Freisinnigen im 1. Wahlkreis einen andern Kandidaten aufstellen werden. Wen haben die Freisinnigen für diesen Kreis in Petto? Vielleicht Eugen Richter, den die Aussichten in Hagen etwas bedenklich stimmen können und den Rückhalt in einem ihm sicherer erscheinenden Wahlkreis nothwendig machen?

Durch einen Antrag soll sich am Montag unsere Parteiversammlung im 5. Wahlkreise von einer weiteren Debatte mit den Freisinnigen zurückgezogen haben, so meldet Eugen Richter in der „Freisinnigen Zeitung." Außerdem soll die Versammlung einen sehr flauen Eindruck gemacht haben. Wir möchten demgegenüber nur bemerken, daß es das erste Mal gewesen wäre, wenn in einer sozialdemokratischen Versammlung vor freisinnigen Rednern ein Rückzug angetreten worden wäre. Nein, die Versammlung wurde geschlossen, welles mittlerweile 12¼ Uhr geworden war. Mit dem Besuch und dem Verlauf der Versammlung sind wir sehr zufrieden bis auf die kleine Störung, die einige radauluftige freisinnige Herren verursachten, die übrigens erst nach Schluß der freisinnigen Versammlung hier eintrafen und nun ein wenig dreist in die Debatte eingriffen, ohne das Referat gehört zu haben. Komisch nimmt es sich in der „Freisinnigen Zeitung" aus, wenn sie für Redefreiheit eintritt, sie sollte wissen, daß solche Dinge im Freisinnslager sehr selten anzutreffen sind. Uebrigens wie wäre es, wenn sie, da sie für Versammlungsfreiheit schwärmt, ihren Einfluß dahin geltend machte, daß künftig nicht mehr der Handwerkersaal sozialdemokratischen Versammlungen verschlossen bleibt.

Im Wahlkreise Torgau-Liebenwerda ist von der konservativen Partei der Landtags-Abgeordnete, Amtsvorsteher Graß in Zwethau als Reichstags-Kandidat aufgestellt worden. Die Kandidatur wird vom Bund der Landwirthe unterstützt.

In Eisenach haben die Freisinnigen wiederum Cafselmann und in Jauer Dr. Hermes aufgestellt.

Die Wahlbewegung unter den oberschlesischen Genossen beginnt allenthalben, besonders rege verspricht sie im Industriebezirk zu werden. Eine umfangreichere Agitation ist mit Erfolg in Gleiwitz vorgenommen worden, die rechtswidrigen Beschlagnahmungen einer Anzahl der vertheilten Schriften durch Polizeibeamte konnten nicht mehr schaden. Die bürgerlichen Parteien dagegen, von denen freilich fast einzig und allein das Zentrum in betracht kommt, rühren sich noch nicht; nur einige Lügenbroschüren, in denen von den Schmerzen des heiligen Vaters erzählt wird, die er bei der Lösung der Arbeiterfrage erduldet, werden den Leuten für schweres Geld angeschmiert. Anscheinend ist das „Friedenswerk" zwischen Deutschen und Polen im Zentrum noch immer nicht abgeschlossen.

Stumm hat in Neunkirchen in einer Versammlung, die von 1000 Personen besucht war, die Kandidatur für den Kreis wieder angenommen.

Im Kreise Saargemünd taucht als gouvernementaler Bewerber der Name des Großindustriellen Jaunez auf, während die klerikale Presse an der Kandidatur des Pfarrers Colbus festhält, der den Kreis seit 1890 vertritt.

Die Parteigenossen im 7. sächsischen Wahlkreis (Meißen) haben die erste Nummer des „Wahl-Michel" herausgegeben. Es ist dies eine Flugschrift, die in zwangloser Weise erscheinen soll und zum Preise von 5 Pf. abgegeben wird. Die erste Nummer macht einen recht guten Eindruck, und ist die Vielseitigkeit des Inhalts lobend hervorzuheben. Das kleine Blatt, das in Form einer Zeitschrift erscheint, kann sich für die Parteigenossen im Wahlkampfe zu einer trefflichen Waffe entwickeln.

Im dreizehnten badischen Reichstagswahlkreise, den bisher die Konservativen innegehabt hatten und in dem bei der letzten Wahl der zurücktretende Graf Douglas im ersten Wahlgang gesiegt hatte, treten drei neue Kandidaturen zugleich auf. Die Nationalliberalen stellen bekanntlich den Major a. D. Köhnhorn auf, der schleunigst dem Bunde der Landwirthe beitrat, um sich die Bündlerstimmen zu sichern, bei dem „Bunde" aber keine Gegenliebe fand. Denn die Bündler stellen in dem bekannten Lucke-Patershausen einen eigenen Kandidaten auf. Für die Antisemiten kandidirt der praktische Arzt Dr. Vogel. Die Herren Konservativen haben vor diesen Rivalen, die ihnen alle ziemlich viele Stimmen abreißen, eine solch' heidenmäßige Angst bekommen, daß sie auf eine eigene Kandidatur verzichten und am Sonntag beschlossen haben, für den Bündler Lucke einzutreten.

Partei-Nachrichten.

Die Frankfurter „Volksstimme" theilt endlich ihren Lesern die Ledebour'schen Angriffe gegen den „Vorwärts" mit, mit deren Abfertigung durch uns sie unzufrieden war. Die Redaktion bemerkt dazu, daß die Ausführungen Ledebour's das „Gegentheil" von „fürchterlichsten und taktlosesten Schmähungen" enthalten. Diese Bemerkung ist aber offenbar nur ein Ausfluß der Befürchtung, daß die Leser der „Volksstimme" zu einem ganz anderen Urtheil gelangen werden. Wir dürfen es den Parteigenossen gern überlassen, über die uns gemachten Zumuthungen des Frankfurter Organs zu richten.

Maifeier. In Eisenach hat der Gemeindevorstand die Maifeier in allen ihren Theilen aus „landespolizeilichen Gründen" verboten. Etwas neues ist das in diesem Theile Thüringens nicht. Die Direktion des Eisenacher Verwaltungsbezirks war in Beziehung auf Maifeierverbote schon rühmlichst bekannt und ihrem erzieherischen Einflusse auf die Gemeindevorstände wird wohl auch das eben gemeldete Verbot zu danken sein. Beschwerde wird natürlich eingelegt.

Das Provinzial-Schulkollegium in Schleswig hat, wie uns aus Kiel mitgetheilt wird, die Wahl des Stadtverordneten Göllsche zum Mitglied des Real-Schulkuratoriums in Elmshorn wegen dessen Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei nicht bestätigt. Das Gegentheil hat wohl auch kaum jemand erwartet. Die herrschenden Klassen Preußens benutzen die Schulen als Mittel zur Sicherung ihrer den Arbeiterinteressen zuwiderlaufenden Privilegien; ihr Interesse erheischt daher, zu verhindern, daß in die Leitungen der Schulen Sozialdemokraten kommen.

In dem Flecken Bovenden in Hannover wurden bei den Bürgervorsteher-Ersatzwahlen in der 3. Klasse die Kandidaten der Arbeiterpartei gewählt.

Aus Johannesburg in Südafrika wird uns geschrieben, daß auch dort der Gedächtnißtag der 1848er Revolution festlich begangen worden ist. Die Feier wurde in dem schön dekorirten Saale der Baltischen Halle abgehalten. Die Einleitung bildeten Musikstücke sowie Gesänge der Arbeiter-Liedertafel „Germania". Die Festrede hielt der Parteigenosse Karl Osterland. Der Feier wohnten gut 200 Personen bei, was — so schreibt unser Korrespondent — in anbetracht der schlechten wirthschaftlichen Verhältnisse unter den Arbeitern ein glänzender Beweis dafür ist, daß auch im „Goldlande" Transvaal der Sozialismus mehr und mehr Eingang findet. Die soziale Frage, die noch vor 1½ Jahren wenig erörtert wurde, ist heute das Tagesgespräch der Massen. Die Regierung hat sich bereits genöthigt gesehen, Nothstandsarbeiten in Angriff nehmen zu lassen. Die Nothstandsarbeit ist aber nur zu sehr danach angethan, das profitgierige Unternehmerthum nach noch ärgerer Herabdrückung des Arbeitslohns lüstern zu machen. Der Staat zahlt nämlich einen Lohn, der nach den Verhältnissen Transvaals eigentlich gar nicht mehr als Lohn betrachtet werden kann, denn 5 Schillinge pro Tag, das ist nicht einmal genug zum Sattessen, geschweige denn, um die Kosten für Wohnung und was drum und dran hängt zu bestreiten. Dabei ist keineswegs jeder Arbeitslose berechtigt, an der Arbeit theilzunehmen. Jeder muß drei Monate in einem Orte der Republik anwesend gewesen sein, sich angemeldet und nichts zu schulden haben kommen lassen. Dann darf er 6½ Woche arbeiten, worauf er aussetzen muß, damit die anderen Arbeitslosen dran kommen können. Der sozialistischen Propaganda steht unter diesen Umständen ein reiches Feld in Aussicht. Zu wünschen bleibt nur, daß die Arbeiter mehr als bisher ihre Pflicht thun, mitzuwirken an der Agitation.

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Dem Redakteur des Chemnitzer „Beobachters", Genossen Emil Rosenow, ist seinerzeit auf grund eines an russische Verhältnisse gemahnenden sächsischen Gesetzes der Aufenthalt in der Umgebung von Chemnitz auf zwei Jahre untersagt worden, so daß er thatsächlich in dieser Stadt internirt ist. Nachdem sich Rosenow vergebens an die Kreishauptmannschaft Zwickau und an das sächsische Ministerium des Innern um Aufhebung der Aufenthaltsbeschränkung gewandt hatte, ging er am 8. November vorigen Jahres an den Bundesrath, um die Aufhebung unter Hinweis auf das Reichs-Freizügigkeitsgesetz zu erzielen. Der Bundesrath hat aber, wie Rosenow unterm 5. d. M. vom Reichskanzler (Reichsamt des Innern) mitgetheilt wurde, in seiner Sitzung vom 22. vorigen Monats beschlossen, der Eingabe keine Folge zu geben. Dieser Entscheid wird genügend durch die Thatsache illustrirt, daß unser Parteigenosse Rosenow die Strafen, wegen deren die Aufenthaltsbeschränkung ausgesprochen ist, lediglich wegen politischer Delikte erhalten hat.

— Das Strafverfahren, das gegen den Parteigenossen Rödiger in Gera, Redakteur der „Reußischen Tribüne", wegen „Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten gegen einander" eingeleitet war, ist vom Landgericht eingestellt und die Beschlagnahme der Weihnachtsnummer, worin das von der „Geraer Zeitung" demunzirte angebliche Vergehen enthalten sein sollte, aufgehoben worden.

— Vom Versammlungsrecht in Preußen. Aus Schlesien wird uns geschrieben: In Königszelt, einem Dorfe im Kreise Schweidnitz, sollte am 20. März eine Volksversammlung abgehalten werden. Alles schien auch in bester Ordnung zu sein. Der Saal war zugesagt, der Referent gesichert. Doch als der Einberufer vom Amtsvorsteher die Bescheinigung über die erfolgte Anmeldung der Versammlung verlangte, da wurde ihm diese verweigert, obgleich nach dem Vereins- und Versammlungsgesetz die Bescheinigung sofort zu ertheilen ist. Eine Beschwerde beim Landrathsamt in Schweidnitz war erfolglos. In dem Bescheide heißt es einfach, daß die Ertheilung einer Bescheinigung sich erübrigte, beziehentlich als zwecklos unterlassen wurde, weil der gedachte Saal für die angemeldete Versammlung nicht zur Verfügung stand. Auf welchem Wege mögen wohl der Amtsvorsteher und das Landrathsamt sich diese Kenntniß erworben haben?

— Die Wittwe Ludwig in Diesdorf bei Magdeburg hatte auf dem Sterbebett als letzten Wunsch geäußert, von Sozialdemokraten zu Grabe geleitet zu werden. Darauf übernahm der Seiler Karl Schulze, Mitglied des Arbeitervereins in Diesdorf, die Sorge für die Beerdigung. Am Tage derselben hielt er am Sarge, der im Hofe der Wohnung der Verstorbenen aufgestellt war, folgende Ansprache: „Genossen! Wir stehen hier am Sarge unserer Mitschwester. Wir wollen sie in allen Ehren bestatten, weil es ihr höchster Wunsch auf dem Sterbebette war, von unserem Vereine bestattet zu werden. Wir würden ihr noch mehr Förmlichkeiten widmen, wenn uns das von der Obrigkeit nicht verboten würde. Es ist unsere Pflicht, zusammenzuhalten, damit wir unser Ziel, mehr Recht zu erhalten, erreichen." Unter dem Geläute der Glocken folgte Schulze dann dem Sarge und trug einen Lorbeerkranz mit rothen und weißen Schleifen. Auf dem Friedhofe, der der politischen Gemeinde gehört, ergriff er wieder das Wort und sagte: „Du hast gelitten und gestritten für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit!" Dabei nahm er drei Hände voll Erde auf und ließ diese bei jedem Stichworte, das er betonte, in das offene Grab auf den Sarg fallen. Zum Schluß sprach er: „Ich lege hier den Kranz nieder, ein Wiedersehen giebt es nicht!" Wegen dieser Ansprachen bei dem Begräbniß, zu welchen polizeiliche Genehmigung nicht nachgesucht worden war, wurde Schulze angeklagt, gegen das Vereinsgesetz verstoßen und durch die Aeußerungen auf dem Friedhofe beschimpfenden Unfug gegen die Religion verübt zu haben. In der Sitzung des Magdeburger Landgerichts beantragte der Staatsanwalt 3 Monate und 3 Wochen Gefängniß gegen ihn. Der Gerichtshof nahm zwar an, daß objektiv beschimpfender Unfug vorliege, er erkannte aber in Beziehung auf diesen Punkt der Anklage auf Freisprechung, weil dem Angeklagten nicht nachzuweisen sei, daß er die Absicht der Verhöhnung des christlichen Glaubens gehabt habe. Wegen des Vergehens gegen das Vereinsgesetz wurde Schulze zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Wo die Arbeitergroschen bleiben! Mit dieser Frage beschäftigt sich wieder einmal die bürgerliche Presse vom Schlage der „Köln. Zeitung", „Tägliche Rundschau", „Staatsbürger Ztg." u. a. Anlaß giebt ihnen hierzu die Rechnungslegung des Holzarbeiter-Verbandes, der in den Jahren 1895—1897 bei einer Einnahme von 950 987 M. 142 000 M. für Gehälter und Verwaltungskosten ausgab. Im Metallarbeiter-Verband betragen diese Ausgaben im Jahre 1897 bei einer Einnahme von 550 419 M. 47 000 M. Die bürgerlichen Preßorgane glauben nun damit eine große Entdeckung gemacht zu haben, daß sie ihren Lesern mittheilen können, die Arbeiter bezahlen ihre Beamten und gebrauchen zur Verwaltung solcher großen Organisationen regelmäßige Ausgaben. Dinge, die sich ganz von selbst verstehen, die nur aus Bosheit oder Dummheit dazu benutzt werden können, diese Organisationen und die Bestrebungen der Arbeiter herabzusetzen. Wir können aber unseren Gegnern mit einer sehr guten Gegenrechnung dienen, die einmal prüfen soll, wie die Ausgaben in den Unternehmer-Organisationen verwandt werden. Wir wären auf diese Berechnung nicht gekommen, wenn nicht die obige Anrempelung und Verdächtigung der Arbeiterorganisationen uns hierzu stark anregte. Vor uns liegt die Abrechnung der Berliner Tischlerinnung vom 1896/97. Sie berichtet über eine Ausgabe von 11 955,80 M., in der für Gehälter, Entschädigungen an Verwaltungsbeamte und Repräsentationspflichten 5178,58 M. eingesetzt sind, und die Verwaltungskosten erfordern die Summe von 1669,83 M., zusammen **6848,41 Mark.** Wir erlauben uns dabei gleich einige der Ausgabeposten zu nennen. Es wurden u. a. gezahlt: Entschädigung für die beiden Obermeister 1600 M., Miethsentschädigung für den ersten Obermeister 300 M., Entschädigung für den ersten Schriftführer 100 M., für den Arbeitsnachweis 700 M., Entschädigung für die Prüfungskommission 1338,28 M., Repräsentationskosten 1144,50 M., Unkosten für Beerdigung für Obermeister und Kollegen 129 M. u. s. w. Sehr interessant ist dabei, daß in der Einnahme neben 4366,50 M. regelmäßigen Beiträgen der Meister 3025,75 M. enthalten sind, die von den Lehrlingen als Einschreibe- und Ausschreibegebühr aufgebracht wurden — eine Abrechnung, die gewiß recht stark zum Spott über die Thätigkeit der Innungen anregt. Dabei sei bemerkt, daß diese Innung noch verhältnißmäßig die anständigste Abrechnung liefert, von den übrigen scheuen viele das Licht der Oeffentlichkeit.

Die Berechnung, wie sich in der hier angeführten Innung die Ausgaben für Gehälter und Verwaltung prozentual verhalten und wie sich das Verhältniß in den geschmähten Organisationen der Arbeiter gestaltet, überlassen wir den geistreichen Kritikern der oben bezeichneten Preßmeute. Ein Vergleich mit unseren Arbeiterorganisationen über Aufbringung und Verwendung der Mittel steht hoch erhaben gegen jeden Angriff, der nur unternommen werden kann von Leuten, die über die Institutionen ihrer eigenen Klassengenossen eine schier fabelhafte Unwissenheit zur Schau tragen — eine Unwissenheit, die nur noch übertroffen wird von der Dreistigkeit, mit der in der bürgerlichen Presse über Arbeiterorganisationen geschrieben wird.

Ein allgemeiner Kongreß der Gastwirthsgehilfen Deutschlands, zu welchem alle Berufsgenossen ohne Unterschied ihrer politischen Gesinnung und ihrer Vereinsangehörigkeit eingeladen werden, soll im Frühjahr 1899 in Berlin stattfinden. Mit der Einberufung desselben wurde, nachdem auch die Berufsgenossen in der Provinz sich dahin äußerten, die Berliner Fünferkommission, die aus Gastwirthsgehilfen der verschiedenen Richtungen zusammengesetzt ist, von einer öffentlichen Versammlung der Kellner und Köche beauftragt.

Dieser Kongreß, der u. a. die Regierung zum Erlaß des längst versprochenen Spezialgesetzes für die Arbeiter im Gastwirthsgewerbe veranlassen soll und auf der Tagesordnung auch die Beschränkung der oft 16, 18 und noch mehrstündigen Arbeitszeit hat, wird sich im weiteren mit einer Aenderung des bisher üblichen Lohnsystems, wodurch die Kellner fast ausschließlich auf das Trinkgeld der Gäste angewiesen sind, ein Zustand, dessen Beseitigung von den organisirten Kellnern allgemein erstrebt wird, befassen. Ferner soll über Mittel und Wege berathen werden, um den Stellenwucher, der von den privaten Stellenvermittlern betrieben wird und wodurch die arbeitslosen Gastwirthsgehilfen in der bekannten und geradezu schamlosesten Weise ausgebeutet werden, nachdrücklich bekämpfen zu können. Von dem Kongreß wird aber insbesondere erwartet, daß die Verhandlungen dazu beitragen werden, die noch in verschiedenen Richtungen zersplitterte Gastwirthsgehilfen-Bewegung in einheitliche Bahnen zu leiten, wodurch es allein nur schließlich auch den Arbeitern im Gastwirthsgewerbe ermöglicht wird, für die Verbesserung ihrer traurigen Lage selbst thatkräftig einzutreten.

Der Vertrauensmann der Stuckateure ersucht uns mitzutheilen, er habe sich durch Einsicht in die Lohnbücher der Firma Dammrich überzeugt, daß die Firma thatsächlich keinen Stuckateur für 30 Pf. Stundenlohn, wie es in der Versammlung angeführt, beschäftigt. Es werden außer dem Stuckateur W., der auf seinen eigenen Wunsch 37 Pf. pro Stunde erhält, alle in der Werkstatt beschäftigten Stuckateure mit 45 Pf. Stundenlohn bezahlt. Eine Umgehung des Tarifs liegt bei genannter Firma insofern vor, als dieselbe Stundenlohn bezahlt, wohingegen der Tarif Tage- resp. Wochenlohn vorschreibt.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Bauhandwerker. Zum Streik der Zimmerer in Luckenwalde wird uns mitgetheilt, daß die Unternehmer an sämmtliche Berliner Firmen eine Liste gesandt haben, in der 59 Arbeiter namentlich aufgeführt werden. Es wird der Wunsch ausgesprochen, diese Arbeiter nicht zu beschäftigen, da sie am Streik betheiligt sind. — Die Arbeiter werden sich durch diese Mittel nicht schrecken lassen.

Die leitenden Personen im Münchener Baugewerbe bezw. die einschlägigen Innungen in Gemeinschaft mit den Tischlermeistern haben den Plan ausgeheckt, in ihren Betrieben die zehnstündige Arbeitszeit festzuhalten. Es sollen an einem Tage alle einschlägigen Betriebe, in denen nicht von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends gearbeitet wird, ohne Rücksicht darauf, ob in der Branche gestreikt wird oder nicht, gesperrt werden.

Den Maurern in Naumburg ist von den Unternehmern die Antwort zu theil geworden, daß sie gewillt seien, den Arbeitern einen Stundenlohn von 33 Pf. und 11stündige Arbeitszeit zu gewähren. Die Arbeiter werden unter diesen Bedingungen die Arbeit nicht aufnehmen. In einer Versammlung der Streikenden wurde darauf hingewiesen, daß gegenwärtig schon die italienischen Maurer, die als Streikbrecher angeworben wurden, 35 bis 40 Pf. Stundenlohn erhalten, mithin auch den heimischen Arbeitern dieser Lohn gezahlt werden kann. Der Ausstand dauert deshalb fort.

Die während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks von der Polizeibehörde beschlagnahmten Gelder, die von den Streikenden auf Sammellisten eingebracht wurden, muß die Polizeibehörde nunmehr nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts in Hamburg wieder herausgeben.

Die Tischler in Stendal haben ihren Ausstand günstig beendet.

Zur Weberbewegung in Krefeld wird unserem Elberfelder Partei-Organ geschrieben:

Der Streik bei der Firma L. F. Scheibler Nachfolger steht noch genau wie zu Anfang. Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden und werden sich bei der jetzt herrschenden Gährung unter den Webern nicht finden.

Die Weberbewegung zieht immer weitere Kreise und dieses sieht selbstverständlich die katholische Geistlichkeit nicht gern. Sie setzt deshalb alle Hebel in Bewegung, um einen Keil hinein zu treiben. In Süchteln sollte eine Weberversammlung stattfinden. Ein Wirth hatte zugesagt, seinen Saal herzugeben. Er hat aber jetzt seine Zusage zurückgezogen; wie es heißt, soll er von geistlicher Seite beeinflußt worden sein.

Besser hat es in St. Tönis und Vorst gegangen. In St. Tönis war am Sonntag in sämmtlichen Messen von der Kanzel herab zu einer Weberversammlung eingeladen worden. Dieser Einladung waren die Weber von St. Tönis so zahlreich gefolgt, daß Wierich's Saal dort brechend voll war. Es handelte sich um die Wahl von sechs Delegirten, welche am nächsten Sonntag hier in dem Saale der „Weber-Union" den christlichen Textilarbeiter-Verband mitgründen sollen. Ein paar christliche Weber und der Stadtverordnete Otto aus Krefeld nebst einem Geistlichen aus Kempen waren dort, um den Webern aus St. Tönis das Heil zu bringen. Aber die Weber mögen von den „christlichen" Führern nichts mehr wissen. Trotz aller Schimpfereien auf die Sozialdemokraten kamen die Herren zu keinem Resultat, denn fast sämmtliche Anwesenden erklärten, die Geistlichkeit gehöre in die Kirche und habe mit der Weberbewegung nichts zu thun. Es konnten keine Delegirten gewählt werden.

In Vorst ging die Sache noch glatter. Dort sagte der Geistliche, nachdem 82 Weber gegen den christlichen Verband und nur 17 dafür waren, er würde sich um die Weberbewegung nicht mehr kümmern. Der Geistliche war aber erst so vernünftig geworden, nachdem Genosse Maßen ihm die Lage klar gelegt und ihm bedeutet hatte, er solle sich um die Kirche bekümmern und nicht um die Lage der Weber, da er nichts davon verstehe.

Aus Königshütte wird uns berichtet, daß der Bergmann Malich, der bisher auf der fiskalischen Königsgrube arbeitete, gemaßregelt wurde, weil er als Delegirter der oberschlesischen Bergleute den Bergarbeiterkongreß in Dortmund besucht hat. So achten oberschlesische Musterbetriebe das Koalitionsrecht der Arbeiter. Malich ist jetzt Kolporteur und Agitator für den Verband.

Die Bautischler in Görlitz legten in 16 Werkstätten mit zirka 100 Gesellen die Arbeit nieder.

Die Maler und Anstreicher in Liegnitz sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie beanspruchen einen Stundenlohn von 30 Pf. für Maler und 23 Pf. für Anstreicher, während bisher 23 bezw. 21 Pf. gezahlt wurden. Außerdem sollen einige Konzessionen bei Außenarbeit gemacht werden. Bisher sind die Forderungen nur in zwei Werkstätten bewilligt worden.

Der Streik der Schneider in Leipzig ist für beendet erklärt, da mittlerweile ein kleiner Rest der Ausständigen anderwärts Arbeit gefunden haben. Der Tarif gelangte mit einigen Ausnahmen zur Einführung.

Der Streik in der Maschinenziegelei in Gautzsch bei Leipzig ist durch gegenseitiges Entgegenkommen beigelegt worden. Die Forderungen der Arbeiter sind zum größten Theil bewilligt worden.

Die Zementarbeiter von Leipzig und Umgegend sind in den Ausstand getreten.

Die Tischler in Göppingen setzten ihre Forderungen in 15 Werkstätten durch und ist somit der Ausstand beendet.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Schramberg siegte die Liste der vereinigten Gewerkschaften gegen das „gesammelte" katholische, evangelische und Hirsch-Duncker'sche Kuddelmuddel mit ansehnlicher Mehrheit.

Die Lohnbewegung der Lackirer in Stuttgart ist auf friedliche Weise beigelegt. Nur zwei Prinzipale haben sich diesen Vereinbarungen nicht angeschlossen und ist von den Arbeitern über diese Firmen die Sperre verhängt.

Die Stuttgarter Bautischler haben vor einigen Tagen den 36 in betracht kommenden Geschäften folgende Forderungen unterbreitet: 1. Einführung der 9½stündigen Arbeitszeit; 2. 5 pCt. Lohnerhöhung, d. h. für Lohnarbeiter soll der gleiche Lohn bezahlt werden wie bisher, und für Akkordarbeit ein entsprechender Zuschlag, damit der Betheiligte seinen seitherigen Lohn verdient; 3. für Ueberzeit- und Sonntagsarbeit sind 25 pCt. Zuschlag zu vergüten; 4. wöchentlicher Zahltag; 5. 1½stündige Mittagspause für das ganze Jahr. Die Meister haben sich sehr unentschieden in der Angelegenheit benommen und hatten die Gehilfen den Beschluß gefaßt, am Montag Morgen bei Nichtgenehmigung der Forderungen die Arbeit nicht aufzunehmen. Bisher haben 19 Geschäfte bewilligt und wird hier weiter gearbeitet, während von den übrigen Firmen 120 Mann im Ausstand stehen.

Ausland.

Der Streik der Metallarbeiter in La Seyne (bei Toulon) hat nach siebenwöchiger Dauer mit einem Mißerfolg geendet. Der Kampf drehte sich um die Hilfskasse der Arbeiter. Diesen war es in früheren Jahren gelungen, die Verwaltung der Hilfskasse in die eigenen Hände zu bekommen. Und zwar hatte sich die Gesellschaft verpflichtet, keine neue Kasse zu gründen. Vor kurzem aber traten eine Anzahl Arbeiter — sei es auf Veranlassung der Gesellschaft, oder jedenfalls mit deren Genehmigung — der von den Unternehmern abhängigen Angestellten-Hilfskasse bei. Die Gewerkschaft erklärte darauf zunächst den Streik von etwa 700 Kesselarbeitern, was die Gesellschaft mit der Aussperrung einer fünffachen Zahl von Arbeitern erwiderte, um nach bekannten Mustern die Zahl der zu Unterstützenden zu vermehren. Die mehrfach von den Arbeitern angebotenen Einigungsversuche wurden von der Gesellschaft abgelehnt. Die „patriotische" Regierung wartete natürlich den Sieg der Unternehmer durch die Aushungerung ruhig ab, trotz der Verzögerung in den Marine-Neubauten. Die Streikenden bezw. Ausgesperrten hatten für sich nur die Sympathien der mit getroffenen Kleinbürger von La Seyne und ungenügende Unterstützungen von auswärts. —

Zum Kohlenarbeiter-Streik in Süd-Wales. Die Ausständigen beschlossen in einer Konferenz in Kardiff mit 54 110 Stimmen Mehrheit, den Delegirten keine Vollmacht zum Friedensabschluß zu geben. Morgan berichtete, daß 40 000 Bergarbeiter eine Lohnerhöhung erhalten haben. — Die schottischen Grubenbesitzer in Lanarkshire haben nunmehr die Lohnaufbesserung auf einen Schilling erhöht und dürfte damit der Streik in diesem Distrikt zum Abschluß kommen.

Soziales.

Die Nothwendigkeit schulärztlicher Aufsicht zeigt auch ein Bericht des Schularztes Dr. Grein in Offenbach a. M. Derselbe untersuchte 1896/97 insgesammt 4393 Kinder der Volks- und Mittelschule. Er stellte fest, daß 1856 = 42 pCt. der Untersuchten kranke Zähne hatten. An Erkrankungen der Augen litten 324 = 7,4 pCt., der Ohren 185 = 4,4 pCt., des Nasenrachenraums 828 = 18,6 pCt. Verkrümmungen der Wirbelsäule wurden 269 = 6 pCt. notirt; 151 Kinder litten an Herzkrankheiten, 27 an Tuberkulose, 103 an Lungenkrankheiten, 64 an Bleichsucht, 7 an Skrophulose, 153 an sonstigen Erkrankungen und 38 stotterten. Endlich wurden 1888 oder 42 pCt. als schmutzig (am Oberkörper) und 1165 als mit Läusen behaftet ermittelt. Unter letzteren befanden sich nur 11 Knaben. In einer Mädchenklasse hatten von 76 untersuchten Kindern 60 Läuse. Der Prozentsatz der schmutzigen und mit Ungeziefer behafteten Kinder ist natürlich am größten in der einfachen Volksschule; da muß die Mutter meist in der Fabrik oder sonstwie erwerbsthätig sein. Der Bericht hebt selbst hervor, daß es häufig an der Zeit fehlt. Unter den Knaben der Mittelschule waren 30 pCt. schmutzig, in der Volksschule 44,5 pCt. Bei den Mädchen der Mittelschule waren 15 pCt. schmutzig und 31 pCt. mit Ungeziefer behaftet. Für die Mädchen beider Volksschulen beträgt der Prozentsatz der Schmutzigen 52 und 44, der mit Ungeziefer behafteten 60 und 48. Der Bericht stellt fest, daß die Läuse oft gefährliche Krankheiten hervorrufen. Es bilden sich auf dem Kopfe eiterige Borken. „Die Patienten .... bieten einen jammervollen Anblick. Es ist eine ganze Anzahl Fälle bekannt, in denen der durch Läuse hervorgerufene und dann vernachlässigte Kopfausschlag zu schweren Ohren- und Augenkrankheiten, ja sogar zu schließlicher Taubheit und Erblindung geführt hat."

Ueber die allgemeine Körperkonstitution der Kinder stellt der Bericht fest, daß sie besonders gut war bei 891 = 20,3 pCt., befriedigend bei 3138 = 71,4 pCt., schlecht bei 364 = 8,3 pCt. Hier zeigt sich wieder die schlechte Ernährung der Proletarierkinder darin, daß in der Mittelschule 7,1 pCt., in der Volksschule aber **14 pCt.** der Knaben eine schlechte Körperkonstitution hatten. Auf 815 Mittelschüler und Schülerinnen kommt nur ein Fall von Tuberkulose, in der Volksschule aber durchschnittlich auf 186 einer (zusammen 26).

Der Schularzt hat sich mit der Feststellung von vorhandenen Krankheiten begnügen müssen; nur gegen das Ungeziefer hat er den Eltern brieflich ein billiges Mittel angegeben. Er verlangte nun, daß auch positive Maßregeln ergriffen würden. Sein Vorschlag, zunächst Schulbäder einzurichten, fand aber ebensowenig die Zustimmung der Stadtverordneten, wie der Antrag unseres Genossen Ulrich, die für die ärztliche Schulaufsicht ausgeworfene Summe von 200 M jährlich auf 1500 M. zu erhöhen und davon auch einen Augen- und einen Zahnarzt zu besolden. Die Sache ging an die Schulkommission zurück.

Die Handelsgesellschaft S. Fränkel in Neustadt in Oberschlesien erklärt in einem dortigen Blatte, daß von ihr weder eine Einschränkung noch eine Einstellung der Hausweberei in Katscher angeordnet worden sei.

Arbeiterrisiko. Wie jetzt offiziell mitgetheilt wird, sind von den 116 Bergleuten, die am 17. Februar auf Zeche „Vereinigte Karolinenglück" bei Bochum den Tod gefunden haben, 77 verbrannt und 39 erstickt. Die Zahl der Wittwen beträgt 58, die der rentenberechtigten Kinder 105. In 31 Fällen ist Antrag auf Zahlung einer Ascendentenrente gestellt.

Aus London kommt folgende Trauernachricht: Die Hoffnung, die 36 noch in den Whitwick-Minen in Leicestershire unter Tage befindlichen Bergleute zu retten, ist aufgegeben worden.

Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) hielt am Dienstag Abend in den „Andreas-Sälen" eine Generalversammlung ab, die gut besucht war. Genosse J. Auer erwähnte vor Beginn seines Vortrages das Ausbleiben des Referenten für die letzte Versammlung, Genossen Lütgenau, den keine Schuld an dem Vorkommniß treffe, da er an dem betreffenden Abend eine andere Versammlung zu besuchen hatte und im Glauben war, daß die Versammlung des vierten Wahlkreises erst am nächsten Tage stattfinde. Man solle also nicht immer gleich Verdammungs-Resolutionen annehmen, sondern beide Parteien anhören. Dann ging Genosse Auer zu seinem Vortrage über die bevorstehenden Wahlen über. Die Parteien und auch die Regierung haben bereits ihre Losung ausgegeben. Die Regierung versuche mit ihrem Ruf zur Sammlung das Kartell der Faschingswahlen von 1887 wieder herzustellen, an dem die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen betheiligt waren. Diesmal hoffte sie sogar auf einen Theil des Zentrums, wenn nicht gar auf die ganze Partei. Dieser Ruf finde nur bei dem Handelsstand, der schlechte Erfahrungen mit dem sogenannten Schutz der nationalen Arbeit gemacht habe, einen großen Widerstand. Denn je mehr der Güterverkehr und die Industrie durch Schutzzölle gehemmt würden, desto mehr habe er zu leiden. Die liberalen Ideale, die früheren Aushängeschilder der bürgerlichen Parteien, verschwinden zu gunsten der Interessenpolitik. Die Bourgeoisie ist auf dem Standpunkt des Verdauens angelangt, sie wünsche Ruhe. Darum gebe sie auch ihre liberalen Forderungen auf. Die Kleinbürgerwelt glaube sogar, durch die Reaktion ihre Vernichtung aufhalten zu können. So treffe denn das Lassalle'sche Wort: „Man werde über die Gewerbefreiheit nicht mehr debattiren, sondern sie einfach dekretiren", nicht mehr zu. Wenn die Freisinnigen behaupten, die Sozialdemokratie treibe durch ihre Agitation die bürgerlichen Kreise der Reaktion in die Arme, so sei das grundfalsch. Die bürgerlichen Kreise würden nie ihre jetzigen Wege gehen, wenn nicht aus Liebe zur Reaktion. Die Freisinnigen haben nie ein Verständniß für soziale Forderungen gehabt, haben die Arbeiter stets von der Politik fernhalten wollen. Ihre freisinnigen Forderungen des allgemeinen Wahlrechts wenden sie nicht einmal in den Gemeinden an. Auch dort, wo sich die Arbeiter nicht an den Landtagswahlen betheiligt haben, ist der Freisinn zur Bedeutungslosigkeit heruntergesunken. Aus allen diesen Gründen muß die Sozialdemokratie nicht nur die Vorkämpferin für die Zukunft sein, sondern auch gegen den Ansturm der Reaktion für die liberalen Errungenschaften eintreten. So können sich die Fälle wiederholen, daß bei Stichwahlen die sozialdemokratischen Stimmen den Ausschlag für bürgerlich-demokratische Kandidaten geben werden. Unsere Genossen werden sich auch in Zukunft von dem Grundsatze leiten lassen, das kleinere Uebel zu wählen. Die Zahl unserer Stimmen wird voraussichtlich erheblich wachsen. Wir haben in fast allen Kreisen Kandidaten aufgestellt. Wenn die Arbeiterschaft in der Agitation und Opferwilligkeit nicht erlahmt, wird mehr erobert werden, als sich die Gegner träumen lassen. — Nach dem Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde, gab der Vereinsvorsitzende den Geschäftsbericht. Im letzten halben Jahre sind sechs Vorstandssitzungen abgehalten worden, die sich übermäßig viel mit Beschwerden beschäftigen mußten. Es sollen nicht bei jeder geringfügigen Gelegenheit Beschwerden eingereicht werden. Ferner wurden sechs öffentliche Versammlungen abgehalten und die Jubiläumsbroschüre über den 18. März unter den Vereinsmitgliedern unentgeltlich vertheilt, sowie einmal die Urania gemiethet. Darauf wurde der Kassenbericht vorgelesen. Die Einnahmen belaufen sich auf 2140,88 M., darunter 1229,60 M. Beiträge. Ausgegeben wurden 1921 M., so daß ein Ueberschuß von 219,88 M. bleibt. Die Mitgliederzahl beträgt 1710, gegen den letzten Bericht eine Zunahme von 222, die in den letzten Monaten zu verzeichnen war. Wegner bestätigte für die Revisoren die Angaben des Kassirers, worauf ihm Decharge ertheilt wurde. Dann wurden der Vorstand gegen zwei Stimmen, die Revisoren einstimmig wiedergewählt und die Versammlung mit einem Hoch auf den Wahlverein geschlossen.

Der Wahlverein für den vierten Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag seine ordentliche Generalversammlung bei Brüder, Waldemarstraße, ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Versammelten das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Muth in der üblichen Weise. Sodann hielt Waldeck Manasse einen Vortrag über: „Kirchen und Kasernen", der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. Dem Geschäftsbericht, den hierauf der Vorsitzende Genosse Scholz erstattete, war zu entnehmen, daß in dem letzten halben Jahre 6 Vereinsversammlungen und 7 Vorstandssitzungen stattgefunden haben. Die Mitgliederzahl des Vereins beträgt, nachdem eine größere Anzahl Personen wegen restirender Beiträge von der Mitgliederliste gestrichen werden mußte, 1253. Der Kassenbericht des Kassirers ergab eine Gesammt-Einnahme von 1912,35 M., eine Ausgabe von 1764,45 M., sodaß ein Bestand von 148,10 M. verbleibt. Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und auf deren Antrag dem Kassirer Schwarz die Decharge ertheilt. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen des Vorstandes ergaben, nachdem mehrere Mitglieder eine Wiederwahl abgelehnt hatten, folgendes Resultat: Gesche, erster, Langer, zweiter Vorsitzender; F. Thiel, erster, Martin, zweiter Schriftführer; Tratscheck, erster, Zimmer, zweiter Kassirer; H. Balke, Beisitzer. Als Revisoren wurden Menzel, G. Beier und Gebell gewählt. Sodann brachte P. Böhm das Ergebniß einer von ihm vorgenommenen recht interessanten Zusammenstellung über die gesammten wahlberechtigten Personen des 12. Kommunal-Wahlbezirks nach den einzelnen Berufen bezeichnet und mit genauen Angaben, inwieweit und auf welche Weise dieselben ihr Wahlrecht ausgeübt haben, zur Kenntniß der Versammlung. Im Anschluß hieran verlas der Vorsitzende eine vom Vorstande aufgenommene Statistik über die Berufsangehörigkeit der sämmtlichen Mitglieder des Wahlvereins. Die beiden Erhebungen wurden mit großem Interesse von den Versammelten entgegengenommen. Von den Genossen Böhm und Scholz wurde sodann darauf hingewiesen, daß es auch in diesem Wahlkreise noch viel zu thun giebt und aufgefordert, eine rege Agitation zu entfalten, für Mittel zu den bevorstehenden Kampf zu sorgen, Mitglieder für den Verein zu werben und für die Verbreitung des „Vorwärts" zu wirken. Nach einer kurzen Diskussion über die Art der Unterstützung für die Familie eines verstorbenen Mitgliedes wurden die noch vorliegenden Anträge, wonach die Kranzspende des Wahlvereins bei Todesfällen von Mitgliedern in Zukunft fortfallen soll, und ein weiterer, nach welchem der Beitrag um 5 Pf. monatlich erhöht werden soll und dafür zwei Broschüren unentgeltlich den Mitgliedern verabfolgt werden, bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die Maurer hielten am Dienstag eine stark besuchte öffentliche Versammlung ab. Silberschmidt referirte über die Lohnbewegung dieses Jahres. Er trat dem durch die gegnerische Presse verbreiteten Gerücht entgegen, wonach die Berliner Maurer in diesem Jahre den Achtstundentag und 80 Pf. Stundenlohn fordern wollten. Dies Gerücht sei von seiten der Unternehmer ausgesprengt worden, um die Arbeiter als begehrlich und unersättlich zu kennzeichnen und sie in ein schlechtes Licht zu setzen. Bezüglich der Aussichten für die bevorstehende Bauperiode sagte der Redner, in diesem Frühjahre sei die Arbeitsgelegenheit aus verschiedenen Ursachen keine günstige. Zwar lasse die Arbeitslosigkeit schon nach, sie sei aber doch noch ziemlich groß und betrage für den einzelnen Kollegen durchschnittlich 5 bis 6 Wochen. Die momentane Arbeitsflaue sei hervorgerufen durch den milden Winter, wo sehr viel Arbeit fertig gestellt und auch die vorhandenen Materialvorräthe soweit aufgearbeitet worden seien, daß sich jetzt ein Mangel an Material bemerkbar mache. Gegen Ende des Monats Mai werde voraussichtlich wieder ein flotterer Geschäftsgang eintreten, der auch — wie der Redner aus allgemeinen wirthschaftlichen Gründen schließt — für die nächsten Jahre anhalten werde. Das Ziel der diesjährigen Lohnbewegung müsse sein, die Errungenschaften des Vorjahres zu erhalten, beziehungsweise zu befestigen. Welche Taktik zu diesem Zweck einzuschlagen sei, das lasse sich jetzt noch nicht im einzelnen feststellen. Zunächst müßten die bekannten Forderungen der Berliner Maurer auch in diesem Jahre den Unternehmern zugeschickt werden, und zwar deshalb, damit einerseits die Lügen bezüglich neuer übertriebener Forderungen widerlegt werden, andererseits solle dadurch bekundet werden, daß die Berliner Maurer eine Vertretung in der Lohnkommission haben, daß auch die Unternehmer dieselbe anerkennen und sich daran gewöhnen müssen, mit derselben in Unterhandlung zu treten. In der Debatte sprachen mehrere Redner gegen Uebersendung der Forderungen an die Unternehmer, denn sie meinten, das sei für die Bewegung ohne jede Bedeutung, auch seien die Forderungen den Unternehmern seit Jahr und Tag bekannt. Die Uebersendung wurde schließlich abgelehnt und eine Resolution angenommen, welche besagt, daß die Maurer in diesem Jahre für folgende Forderungen eintreten: 1. Allseitige Durchführung des 9stündigen Arbeitstages, von 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends, Sonnabend 1 Stunde, am Tage vor den großen Festen 2 Stunden früher Feierabend. 2. 60 Pf. Stundenlohn. 3. Pünktliche Innehaltung der festgesetzten Arbeitzeit. 4. Abschaffung der Akkord-, Ueberstunden- und Sonntags-Arbeit. 5. Abschaffung des Zwanges, eigenes Werkzeug (Meißel, Schlägel) zu halten. 6. Einrichtung guter Baubuden, die genügend Platz bieten für alle auf dem Bau beschäftigten Maurer. — Hierauf gab Panser als Delegirter zur Gewerkschaftskommission einen Ueberblick über die Thätigkeit dieser Körperschaft. In der darüber stattgehabten Debatte tadelte Kaufmann, daß die Gewerkschaftskommission, als die Maurer während ihres Streiks ein Darlehen durch deren Vermittelung aufnahmen, die Garantie des Verbandsvorstandes verlangt habe. Knöppchen bemängelte den in der letzten Sitzung der Gewerkschaftskommission gefaßten Beschluß, betreffend Betheiligung der Arbeiter an den Wahlen zu den Innungskörperschaften. Er hält eine Wahlbetheiligung für nicht im Interesse der Arbeiter liegend. Als Delegirter wurde Metzke, als Stellvertreter Fritzsch gewählt. Hinsichtlich der Maifeier beschloß man mit Rücksicht darauf, daß eine Sonntags-Versammlung keine Demonstration ist, in diesem Jahre keine Versammlung abzuhalten, sich aber den Veranstaltungen der Partei anzuschließen. Ein Antrag der Lohnkommission, die Beiträge zum Streikfonds zu erhöhen, wurde vertagt.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Wahlkreis hielt am 19. April im Kolberger Salon seine Generalversammlung ab. Das Andenken der verstorbenen Mitglieder Wegner, Walter, Wiechert, Hirse, Schenk und Darge wird in der üblichen Weise geehrt. Wegen Krankheit des Kassirers erstattet Tauschel den Kassenbericht, aus welchem sich ergiebt, daß der Verein eine Einnahme von 3054,54 M. und eine Ausgabe von 2771,24 M. zu verzeichnen hatte. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Halbjahres 4242. Dem Kassirer wird Decharge ertheilt. Genosse Leidt berichtet namens des Vorstandes, daß in der abgelaufenen Geschäftsperiode fünf Vereins- und drei öffentliche Versammlungen stattgefunden haben, letztere zur Agitation für den Verein. Dieselben haben sich bewährt. Eine Anfrage des statistischen Amtes der Stadt Berlin, betreffend Stärke und Leistungsfähigkeit des Vereins, glaubte der Vorstand beantworten zu müssen. Wegen des Stiftungsfestes, namentlich wegen der Ueberfüllung des Lokals, sind dem Vorstand zahlreiche und zum theil heftige Vorwürfe gemacht worden. Bolze befürwortete, in Zukunft das Stiftungsfest in mehreren Lokalen abzuhalten. Die Vorstandswahl ergiebt folgendes Resultat: Kiesel, erster, Walter, zweiter Vorsitzender; Lietzke, erster, Tauschel, zweiter Kassirer; Brinkmann, erster, Horn, zweiter Schriftführer; Raschke, Sauerweier und Freiberger, Beisitzer; Gleinert, Bicknase und Schilski, Revisoren. Zu Abtheilungsführern werden gewählt: Schröder für Moabit, Schmidt für die Schönhauser Vorstadt, Lohse für die Rosenthaler Vorstadt, Freithaler für die Oranienburger Vorstadt, Uelzer für Wedding und Bellin für Gesundbrunnen. Ein Antrag Jühnke, wonach der Vorstand beauftragt wird, alljährlich in der Oktober-Generalversammlung eine Berufsstatistik der Mitglieder vorzulegen, wird angenommen. Eine sehr lebhafte Debatte entspinnt sich über folgenden, von Leidt begründeten Antrag: „Der Vorstand wird beauftragt, bis zum Herbst, nach Erledigung der Wahlen, Vorbereitungen zu treffen zur Errichtung einer Diskussionsabtheilung." In dieser Diskussionsabtheilung sollen alle die Fragen partei-prinzipieller und partei-taktischer Natur erörtert werden, die sich zur Diskussion in den Versammlungen nicht eignen. Auch solle den Genossen dadurch die ältere Parteiliteratur bekannt gemacht werden. Daß ein Bedürfniß für die Einrichtung vorhanden sei, beweisen die verschiedenen Diskutirklubs, die dann aber hoffentlich verschwinden würden. Guttmann erklärt sich für den Antrag, wünscht aber eine größere Ausdehnung der Sache. Kröhn begrüßt den Antrag hauptsächlich deshalb mit Freuden, weil es thatsächlich feststeht, daß in der Partei ein starker Zug nach rechts vorhanden ist. Freithaler bestreitet das. Es betheiligen sich noch Lohse, Freithaler und Gleinert an der Diskussion, letztere beiden gegen den Antrag. Derselbe wird mit einer starken Majorität angenommen. Unter Verschiedenem gelangt ein Schreiben der Reinickendorfer Genossen zur Verlesung, in welchem dieselben mittheilen, daß der frühere Parteigenosse Adolf Engel sein jetzt in Reinickendorf belegenes Lokal zu Arbeiterversammlungen nicht hergiebt. Es sollen dort noch Zahlstellen des Metallarbeiterverbandes und der Metallarbeiter-Sterbekasse tagen. Außerdem wird mitgetheilt, daß der Rauchklub „Blauer Dampf" am 19. Mai sein Vergnügen in einem gesperrten Lokale abhält.

Charlottenburg. Am 17. April tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung der Zahlstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Fränzel referirte über den Werth der Verkürzung der Arbeitszeit. Dem Kassirer wurde nach seinem Bericht Decharge ertheilt. Sodann wurde beschlossen, der Agitationskommission 50 M. zu überweisen. Das Protokoll über die Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg soll an die Mitglieder für 5 Pfg. abgegeben werden. Bernsee macht zum Schluß bekannt, daß in Gewerbegerichts-Streitsachen beim Genossen Dörre, Krummestr. 19, Auskunft ertheilt wird.

Die Bauarbeiter Charlottenburgs beschäftigten sich in der Versammlung vom 17. d. M mit dem von der Berliner Lohnkommission aufgestellten Lohntarif. Es wurde gerügt, daß in demselben die Hilfsarbeiter nicht genügende Berücksichtigung gefunden hätten und der Wunsch ausgedrückt, dies noch nachzuholen; im übrigen wurde er anerkannt. Nach einem Referate Flemming's über die Gründung eines allgemeinen Arbeitsnachweises für alle Branchen erklärt die Versammlung, diesen nach eventueller Gründung unterstützen zu wollen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 20. April. (B. H.) In einer Versammlung der streikenden Schuhmachergesellen wurde beschlossen, den Ausstand fortzusetzen. 22 Werkstätten haben die Forderungen der Streikenden bewilligt.

Lemberg, 20. April. (B. H.) Aus Rache zündete eine Frau das Städtchen Grodeck an, wodurch 89 Wohnhäuser eingeäschert wurden.

Nyiregyhaza, 20. April. (W. T. B.) Der Prozeß gegen die 65 Sozialisten, welche die im November v. J. festgenommenen Sozialisten zu befreien versuchten, ist beendet. Von den Angeklagten wurden 35 zu drei Wochen, 2 zu zwei Monaten und einer zu 6 Wochen Arrest verurtheilt, die übrigen freigesprochen. — Der ausgewiesene sozialistische Agitator Johann Czissmadia ist wegen des morgen gegen ihn stattfindenden Preßprozesses hier eingetroffen. Am Bahnhofe hatten sich etwa zweitausend Sozialisten angesammelt, welche Kundgebungen veranstalteten und Steine gegen die Polizisten warfen. Die Polizisten gingen wiederholt gegen die Menge vor, zerstreuten dieselbe und nahmen mehrere Verhaftungen vor.

Paris, 20. April. (B. H.) In St. Martin de Ré haben Soldaten in einem Streit zwei Bürger getödtet.

London, 10. April. (W. T. B.) Das große Metropolitan Tabernakel, das von dem Baptistenprediger Spurgeon in Newington in Süd-London errichtet wurde, ist heute Morgen durch eine Feuersbrunst gänzlich zerstört worden. Das im Jahr 1861 erbaute Tabernakel umfaßte 6000 Sitzplätze.

London, 20. April. (B. H.) Amerika hat in Birmingham 100 000 Gewehre bestellt.

Rom, 20. April. (B. H.) Die „Italia" will wissen, die Großmächte hätten Amerika und Spanien aufgefordert, die Feindseligkeiten auf Kuba und Portorico zu beschränken.

Madrid, 20. April. (W. T. B.) Es wird versichert, die Familie Woodfords habe vergangene Nacht in dem Süd-Expreßzug auf dem Wege von Frankreich nach Gibraltar Madrid passirt. Man glaubt, Woodford werde sich in Gibraltar an Bord eines deutschen Dampfers nach New-York einschiffen und zwar werde er bis Sonnabend in Madrid bleiben. — In ganz Spanien herrscht große Begeisterung.

Madrid, 20. April. (W. T. B.) Die zur Eröffnung der Kortes verlesene Botschaft schließt folgendermaßen: So trübe und dunkel die Zukunft sich auch darstellt, die Schwierigkeiten, die uns umgeben, werden nicht größer sein, als die Kraft und die Energie des Landes, um sie mit einer Land- und Seestreitmacht zu besiegen, deren ruhmreiche Traditionen seinen Muth stählen. Mit der gegenüber einem Angriff von Außen einigen und geschlossenen Nation werden wir die Krise bestehen, die man ohne Grund und ohne Gerechtigkeit gegen uns heraufzubeschwören versucht.

Madrid, 20. April. (B. H.) Wie aus Havana gemeldet wird, drohte der Insurgentenführer Gomez, jeden den Waffenstillstand Anbietenden füsiliren zu lassen.

Madrid, 20. April. (B. H.) Der Admiral Cervera erhielt Befehl, mit seiner Torpedoflottille nach Kuba abzudampfen. Admiral Churucca wird mit dem in Cadix befindlichen Geschwader im Laufe der Woche mit versiegelten Ordres ebenfalls in See gehen.

Madrid, 20. April. Die „Agencia Fabea" meldet, Marschall Lopez Dominguez erklärte auf ihr Befragen, er glaube, die kubanischen Aufständischen würden schließlich gemeinsame Sache mit den Spaniern gegen die Yankees machen; die Admirale Béranger und Butler äußerten, man dürfe das größte Vertrauen auf die spanische Flotte setzen; der Marineminister sprach sich in gleicher Weise aus.

Madrid, 20. April, 4 Uhr nachmittags. Die „Agencia Fabea" meldet: Die Kortes werden sich sofort konstituiren und wenn nöthig die Nacht über berathen. Senatoren und Deputirte aller Partei-Schattirungen sind entschlossen, die Prätensionen der Ver. Staaten energisch zurückzuweisen und alle für den Krieg nothwendigen Kredite zu bewilligen. Telegramme aus Havana berichten, daß überall großer Enthusiasmus unter der Bevölkerung gegen die Yankees herrsche. Eine Invasion werde auch nicht so leicht sein, wie die Amerikaner glaubten. Abgesehen von der regulären Armee seien 83 000 Freiwillige entschlossen, das Land zu vertheidigen. Ueber die Bewegungen der spanische Kriegsschiffe wird absolutes Stillschweigen bewahrt. Man glaubt, der erste Zusammenstoß zur See werde an einer Stelle erfolgen, von der es am wenigsten erwartet werde.

Washington, 20. April. (W. T. B.) Präsident Mac Kinley unterzeichnete heute Vormittag 11 Uhr 20 Min. die Resolutionen des Kongresses. Eine Abschrift des amerikanischen Ultimatums wurde dem spanischen Gesandten überreicht, der daraufhin seine Pässe verlangte. Die in dem Ultimatum Spanien zur Beantwortung gestellte Frist läuft Sonnabend Mitternacht ab.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 92. 15. Jahrgang. **Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Donnerstag, 21. April 1898.

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 20. April 1898, 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Hammerstein, v. d. Recke.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Szmula und Gen. (Z): Ist der Staatsregierung bekannt, daß in den östlichen Provinzen, speziell in Schlesien, ein solcher Mangel an ständigen Dienstboten und landwirthschaftlichen Arbeitern vorhanden ist, daß die Landwirthe nicht mehr im stande sind, rechtzeitig und rationell ihre Felder zu bestellen und abzuernten? — Auf welche Weise gedenkt die Regierung diesem Uebelstande abzuhelfen, sofern die Zulassung russischer und österreichischer Dienst- und Arbeitskräfte — nach wie vor — nicht den Bedürfnissen entsprechend gestattet wird?

Von seiten der Regierung ist bereits früher die Erklärung abgegeben worden, daß sie bereit sei, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. **Szmula** (Z.) begründet die Interpellation. Die beklagten Zustände bestehen seit Jahren, ohne daß die Regierung an Abhilfe-Maßregeln denkt. Fast scheine es so, als werde der Nothstand von den höheren Verwaltungsbeamten ignorirt. Die Provinz Schlesien hat in kurzer Zeit 30 000 Arbeiter vom platten Lande an die Industriegegenden und großen Städte abgeben müssen. Deutsches Gesinde sei in den schlesischen Gegenden gar nicht mehr zu bekommen, selbst bei dem höchsten Lohnangebot nicht. Redner verliest den Inhalt mehrerer Briefe, worin der Regierung der Vorwurf gemacht wird, daß sie für die Schäden der Landwirthschaft auf diesem Gebiete kein Verständniß habe und diese allmälig dem Bankrott entgegengehe, wenn die Regierung sich nicht zu entschlossenen Maßnahmen aufrafft.

Minister Frhr. **v. Hammerstein** verliest eine längere Antwort auf die Interpellation. Darin wird anerkannt, daß vorübergehend Arbeitermangel vorhanden ist. Die Regierung will auch künftig polnische, russische und galizische Arbeiter zulassen und deren Verbleiben statt, wie bisher, bis zum 15. November, künftig bis zum 1. Dezember gestatten. (Lachen.) Die Frage der Beschäftigung von Strafgefangenen und Korrigenden soll neu erwogen und auf deren Verwendung in der Landwirthschaft Bedacht genommen werden. Die General-Kommandos sind angewiesen, begründete Wünsche durch zweckmäßige Beurlaubungen zu berücksichtigen. Ferner sollen beim Bundesrath Anträge gestellt werden, daß künftig das Gewerbe der Gesinde- und Stellenvermiether konzessionspflichtig gemacht werde (Beifall), auch wird man auf die Beseitigung der Auswüchse der Freizügigkeit, die an sich aufrecht zu erhalten sein wird, bedacht sein. (Beifall und hört! hört!) Hauptsächlich aber wird man auf Selbsthilfe unter den Landarbeitern Bedacht nehmen müssen, wie das früher hier im Hause anerkannt und befürwortet worden ist. Der Minister wendet sich scharf gegen eine Redewendung Szmula's, welcher von der Freizügigkeit als von einer „Bescheerung mit dem Norddeutschen Bunde" gesprochen hatte. (Abgeordneter Szmula bestreitet durch Zuruf, diese Redewendung gebraucht zu haben.)

Auf Antrag des Abg. Letocha findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. **Sieg** (natl.): Der Arbeitermangel beruht meist in der Unlust der ländlichen Bevölkerung, die gerade zum Frühjahr in die Stadt gehen und die landwirthschaftlichen Arbeiten nicht verrichten wollen. Die Freizügigkeit aufzuheben oder wesentlich einzuschränken, wird schwer sein. Die Verlängerung des Aufenthalts der ausländischen Arbeiter bis zum 1. Dezember ist dankbar anzuerkennen. Schwere Belästigungen erwachsen den Besitzern aus den von Zeit zu Zeit aufgegebenen Kontrollen über die Unterbringung der ländlichen Arbeiter.

Minister Frhr. **v. Hammerstein** erklärt, sich inzwischen aus dem Stenogramm überzeugt zu haben, daß der Abg. Szmula den Ausdruck „Bescheerung" nur in bezug auf die Freizügigkeit, nicht aber auf den „Norddeutschen Bund" gebraucht hat.

Abg. **Gamp** (frk.) bestreitet, daß der Arbeitermangel nur vorübergehend sei; er sei in den Ostprovinzen ein dauernder; darüber könne auch die Regierung gar nicht zweifelhaft sein. Die Leute gehen nach den Industriegegenden; sobald die Industrie zurückgeht, zeigt sich Besserung der Arbeiterverhältnisse in der Landwirthschaft. Redner führt dann aus, daß die Sachsengängerei, die Beschäftigung jugendlicher Landarbeiter gesetzlich besser als bisher geregelt werden müsse. Man müsse die elterliche Autorität stärken und dahin wirken, daß die Kinder durch ihre Arbeit im Hause den Eltern einigermaßen das wieder einbringen, was sie ihnen kosteten. Redner schildert dann die größere Belastung der östlichen Provinzen durch die Lasten der Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung und durch die Lasten des Militärdienstes. Die Aushebungen in den ländlichen Bezirken sind viel stärker als in den industriellen. Die Soldaten bleiben dann nach ihrer Entlassung vom Militär in den Städten, wie man das ja auch in Berlin an den blühenden Gestalten der Droschkenkutscher erster Klasse sehen könne. Die Verwendung von Gefangenen wird sich nicht so leicht ermöglichen lassen, jedenfalls nicht ohne Aenderung der Gesetzgebung. Auch eine Menge bureaukratischer Einrichtungen würde dabei fortfallen müssen; es ist nicht nöthig, daß alle acht Tage der Inspektor den Gefangenen reine Wäsche übergiebt ꝛc. Auch die Eisenbahnarbeiten könnten während der Landarbeit sistirt oder eingeschränkt werden; heute müsse man die ländlichen Arbeiter davor hüten, mit diesen bummeligen Eisenbahnarbeitern zusammen zu kommen. (Sehr richtig!) Gefährlich sei das Treiben der hauptstädtischen Gesindevermiether, welche die Leute in die Städte locken und sie dort ausplündern. Auch könnte man erwägen, ob das Alter der Schulpflicht nicht um ein Jahr herabgesetzt werden könnte. (Zustimmung rechts.) Gegen die dauernde Zulassung ausländischer polnischer Arbeiter hat Redner allerdings die ernstesten Bedenken. Wenn die Leute Jahre lang bei uns leben, muß auch für sie durch Schulen, Kirchen u. s. w. gesagt worden. Schon heute haben wir in den westlichen Provinzen polnische Kolonien; das würde nach Zulassung solcher Einwanderer noch schlimmer werden. Die Invalidenrenten sollte man kapitalisiren und unter staatlicher Aufsicht den Leuten zum Ankaufe ländlicher Grundstücke behilflich sein, statt sie heute in den Städten verkümmern zu lassen. Freilich muß dann auch dafür gesorgt werden, daß die Landwirthschafts-Produkte angemessene Preise bringen. (Bravo!)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.): Die große Last der Altersrenten-Empfänger in Ostpreußen rührt bekanntlich daher, daß man dort bei dem Inkrafttreten der Versicherungsgesetze noch vielen alten garnicht mehr arbeitsfähigen Leuten die Rente zuwenden wollte und sie deshalb als Arbeiter aufführte. Diese Thatsache ist festgestellt. Der Nothstand, der Mangel an ländlichen Arbeitern ist allerdings kein vorübergehender, sondern ein dauernder. Das beweist schon die Entvölkerung gerade der schlesischen Gegenden durch die Auswanderung, die sich heute nicht mehr nach dem Auslande wendet, sondern nach den industriellen Gegenden. Die Sachsengänger bleiben ländliche Arbeiter und werden mit wenig Komfort behandelt. Es liegt an den Löhnen. Richtig ist ja, daß die östliche Landwirthschaft vielfach keine höheren Löhne zahlen kann. Es muß die Gelegenheit hierzu durch Besserung der Produktionsbedingungen geschaffen werden. In anderen Gegenden, in Bayern, Württemberg, herrscht durchaus der Arbeitermangel nicht in dem Umfange wie im Osten. Die Ursache liegt darin, daß hier der Großgrundbesitz sich in ganz auffälligem Maße vermehrt hat. Die alten Renten-Empfänger zu Grundbesitzern zu machen wäre ganz verkehrt. Die alten Leute können doch den Boden nicht mehr bewirthschaften. Früher hat man ausländische Arbeiter zugelassen für die schlesischen Kohlenbergwerke; heute ist das sehr erschwert und den heimischen Arbeitern wird dadurch Schaden zugefügt, denn sie steigen in den Bergwerken heute nicht mehr so schnell in die oberen Lohnklassen, wie früher. Nur der milde Winter hat eine Kohlennoth verhindert, sie kann aber leicht eintreten. Dunkel ist geblieben, was die Regierung unter „Auswüchsen der Freizügigkeit" versteht. An den Minister richte er die Anfrage: „Wie denkt sich der Minister die Beschneidung der Freizügigkeit?" (Sehr richtig!) Das ist ein gefährliches Schlagwort für die Wahlen, das nur der Sozialdemokratie zu statten kommt.

Abg. **Jansen** (Z.) schildert den Umfang des Dienstbotenmangels in Schlesien durch Anführung statistischer Ziffern und erklärt die von der Regierung in Aussicht gestellten Maßnahmen für ungenügend. Es werde der Regierung nicht gelingen, Maßnahmen zu treffen, welche das Fortströmen der ländlichen Arbeiter aus ihren Heimathsorten verhindern können. Das einzige Mittel, wodurch den dadurch herbeigeführten Uebelständen abgeholfen werden kann, sei die Zulassung fremder Arbeiter. Diese sei ganz unbedenklich und gefahrlos, wie er das in seinem Wohnbezirk (Grottkau) habe beobachten können. Er könne für diese Auffassung sogar die Autorität eines königlichen Landraths anführen.

Abg. Freiherr **von Richthofen**-Mertschütz (k.) findet die Stellungnahme der Regierung gegenüber der so wichtigen ländlichen Arbeiterfrage, einer der brennendsten dieses Jahrhunderts, völlig unzureichend, was umso mehr zu bedauern ist, als die Regierung genügend Zeit hatte, die Sache zu erwägen. Die konservative Partei bejaht das Vorhandensein eines ländlichen Arbeitermangels, der sich bis weit nach dem Westen erstreckt, und von diesem Arbeitermangel wird auch der kleine ländliche Besitz schwer betroffen. (Sehr richtig!) Das Abströmen der ländlichen Arbeiter nach den industriellen Bezirken ist doch nicht zu leugnen und hat zu einer Kalamität für die Landwirthschaft geführt. Die Baarlöhne der Industrie tragen hieran einen großen Theil der Schuld; aber es ist dem Abg. Gamp darin nicht beizustimmen, daß auch die Landwirthschaft die Naturallöhne abschaffen müsse. Wir haben beobachten können, daß Leute, die Baarlöhne erhielten, diese schnell aufzehrten, während ein Arbeiter, der noch eine Kuh besitzt, keine Neigung hat, Proletarier zu werden. Die Gesindevermiether sind zu einer Landplage geworden; dazu kommt noch die sozialdemokratische Agitation, die ihre Aufmerksamkeit auf das platte Land richtet und die ja neuerdings beinahe übertroffen wird durch die Agitation der freisinnigen Volkspartei. Wenn man diesen Leuten unter vier Augen sagt: das glauben Sie doch selber nicht, wie können Sie so etwas sagen? Dann erhält man die Antwort: Ja, aber das zieht, mein junger Freund! (Heiterkeit.) Zur Zeit der nationalen Wirthschaftspolitik hatten wir keine ländliche Arbeiternoth. Wir wünschen heute, daß die galizischen und russischen Arbeiter eingelassen werden, nach Maßgabe der nationalpolitischen Interessen; auch wäre es ein Vortheil, wenn die Zulassung statt wie bisher vom 1. April bis 15. November, künftig vom 1. März bis 1. Dezember stattfände und Ausländer auch auf ein Jahr als Gesinde zugelassen würden; auch auf Zulassung von Italienern und Holländern könnte bedacht genommen werden. Die einzelnen Vorschläge der Regierung sind an sich zu begrüßen, nur gehen sie nicht weit genug. Außer diesen Vorschlägen müßte eine strenge Bestrafung des Kontraktbruches eingeführt werden. Daß wir die Freizügigkeit aufheben wollen, sage ich nicht; aber eine Regelung der Freizügigkeit wird man anstreben müssen, damit nicht in den großen Städten zu derselben Zeit Arbeitslose vorhanden sind, wo Arbeitsmangel auf dem Lande herrscht. Versuche mit der inneren Kolonisation solle man machen, obwohl wenig Hoffnung darauf zu setzen ist. Es wäre ja sehr erfreulich, wenn es gelänge, auch nur in einzelnen Bezirken Abhilfe zu schaffen und die Zahl der ländlichen Arbeiter zu vermehren. Die Regierung darf die ländliche Arbeiterfrage nicht von der Tagesordnung verschwinden lassen.

Minister Frhr. **v. Hammerstein**: Der Vorwurf, daß die Regierung die Wichtigkeit der Sache verkenne, ist von verschiedenen Seiten erhoben aber nicht berechtigt. Schon vor Jahren ist unter diesem Gesichtspunkt gesetzgeberisch eingegriffen mit der Rentengutsgesetzgebung u. a. Meine Hoffnung, hier neue Vorschläge zu hören, hat sich nicht erfüllt. Konsequent ist ja die Forderung, die Grenzen zu öffnen und Ausländer als Saisonarbeiter und Dienstboten einzulassen. Aber die politischen Bedenken sind so groß, daß die Forderung nicht gewährt werden kann. Die gewünschte Verlängerung der Zulassung findet thatsächlich schon heute statt. Im Westen sehen sich die Landwirthe nach Schweden und anderen Ausländern um, dort sind die Verhältnisse ebenfalls schwierige. Es wäre doch auch zunächst Sache der Landwirthe, diese Angelegenheit in die Hand zu nehmen. Ein genereller Mangel an Arbeitskräften ist in Deutschland nach meiner persönlichen Ansicht nicht vorhanden; er tritt nur vorübergehend ein, bei großen Bau- und Kanalarbeiten. Es ist daher auch falsch, der Regierung zu sagen, daß sie den Ernst der Lage nicht erfaßt habe. Von dem Gamp'schen Vorschlage, der schwerlich ausführbar ist, würde kein großer Vortheil zu erwarten sein, denn die Renten-Empfänger haben schwerlich Lust, mit ihrem Rentenkapital Grund und Boden zu erwerben. Was die Freizügigkeit anlangt, so glaube ich, daß man sich früher bei dem alten Heimathrecht besser gestanden hat. Allein nachdem man sie eingeführt, würde ich nicht den Muth haben, sie aufzuheben. Sie ist unentbehrlich und wirkt segensreich. Aber sie ist nicht ohne Auswüchse; dahin sind die Wohlfahrtseinrichtungen in den Großstädten zu rechnen, die übertrieben sind. (Sehr richtig.) In Hannover hat man die Holland- und Dänemark-Gängerei durch Wohlfahrtseinrichtungen beseitigt, man gab den Leuten ein Stück Land und behandelte sie gut. Darin soll kein Vorwurf gegen die Landwirthschaft irgend einer anderen Gegend liegen. Aber diese Richtung werden wir weiter verfolgen müssen. Was Herr Szmula verlangt, werden Sie nicht billigen, kann auch nicht gewährt werden.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf morgen 11 Uhr; außerdem Fortsetzung der zweiten Berathung des Komptabilitätsgesetzes.

Lokales.

Liberale Visionen. Wenn die Kinder sind im Dunkeln, singen sie ein lautes Lied. Alte Leute machen es nicht anders. Auch die Freisinnigen scheinen ihre Wahlbeklemmungen unter grell tönenden Worten verbergen zu wollen. Gewissermaßen als Einleitung zu dem bevorstehenden Kampfe bringt die „Vossische Zeitung" einen Leitartikel über die Wahlbewegung in Berlin, in welchem zunächst des wenig ermuthigenden Umstandes gedacht wird, daß gerade unter den Liberalen der Reichshauptstadt trotz des kurzen Zeitraums, der uns von den Neuwahlen trennt, noch fast gar nichts von einer eigentlichen Wahlbewegung zu spüren ist. Aber diese Mattigkeit bildet für die altersgraue „Voss. Ztg." keinen Grund, an der Zukunft des Liberalismus zu verzagen. Trotzdem die starre Macht der Zahl gerade der Partei der bürgerlichen Vergangenheit überzeugend nachweist, daß für sie kein Platz mehr in der Weltgeschichte ist, kommt das Organ des unentwegt honneten Liberalismus nach einer Betrachtung des 1893er Wahlresultats zu wunderbar hoffnungsfreudigen Schlüssen.

Ferdinand Lassalle.

(Schluß.)

Es ist geradezu unmöglich, den Eindruck auch nur annähernd zu beschreiben, den die wahrhaft phänomenale Beredsamkeit Lassalle's bei den Zuhörern hervorrief. Mein ältester Bruder Jean, welcher der Begegnung aus Groll bisher fern geblieben war, kam nun doch, von der Neugier getrieben, sich das „Wunderthier" anzusehen, herbei und war nicht wenig erstaunt, die Gesellschaft in vollster Begeisterung zu finden. Er hatte geglaubt, jetzt bei etwas vorgerückter Stunde müßten sich alle an den Köpfen haben! Die in so kurzer Zeit vorgegangene Umwandlung der Gemüther war ihm ganz unbegreiflich. Solche Wunder konnte nur ein Genie bewirken, und welch' ein Genie Lassalle gewesen, weiß jetzt so allgemach die Welt.

Nachmittags hatte die Unterhaltung ihren Höhepunkt erreicht. Weiter ging es nicht, denn Lassalle, der dem starken Osthofer Gewächs lebhaft zugesprochen, spürte nun dessen Wirkung. Ich brachte ihn an die Luft, in den Garten. Wie er den Bach sah, raffte er sich auf, mir eine Probe seiner Energie abzulegen, und in sehr schwankendem Zustand brachte er es in der That fertig, hart am Rand des Baches hinzulaufen, ohne ins Wasser zu fallen. Da er bereits Anstalt machte, diesen höchst bedenklichen Dauerlauf zu wiederholen, hielt ich ihn davon ab und brachte ihn in Sicherheit — auf mein Bett, wo er sofort einschlief. Nach einer Stunde kam er wieder völlig nüchtern zum Vorschein. Nun wollte er auch sehen, wo dieser gefährliche Wein gewachsen war, der ihm so zu schaffen gemacht, und wir führten ihn zu diesem Behufe auf die bei der Steinmühle gelegene Anhöhe, auf den „Schnapp", wo ihm außer der guten Lage auch die Aussicht nach Worms und über den Rhein recht gefiel. Den Wein brachte er aber nicht aus dem Kopf und bestellte sich bei meinem Bruder Julius gleich ein ganzes Faß davon. Er hat ihn nicht mehr getrunken!

Nachdem wir zurückgekehrt, wurde schnell das Abendessen eingenommen, denn Lassalle brannte darauf, meine Oper „Theodor Körner" kennen zu lernen. Bei seinem scharfen Auffassungsvermögen und dem durch seinen intimen Verkehr mit Hans v. Bülow gesteigerten Musiksinn war es ihm ein Leichtes, meiner Wort- und Tonreproduktion am Flügel zu folgen und Szene für Szene an seinem Geiste vorüberziehen zu lassen. Schon beim Anhören des königlichen Aufrufs: „An mein Volk" gerieth er in sichtliche Erregung, die sich beim Abschied Körner's von seiner Braut, beim Schwur der Lützower, der Trauerhymne an die Germania und der darauf folgenden Phantasie „an die Eichen" ꝛc. dermaßen steigerte, daß er vom Sopha aufschnellte, mich vom Klavierstuhl riß, im Nu mich stürmisch umarmte und küßte und in die Worte ausbrach: „Eine solche Musik- und Deklamationsgewalt wie die Ihre würde mir für die Agitation hochwillkommen sein. Vor Ihrem Können die allergrößte Hochachtung! Wollen Sie, daß ich Ihnen einen meinen Absichten und Ihren Fähigkeiten entsprechenden Operntext ausarbeite, so bin ich mit Vergnügen dazu bereit." Selbstverständlich ging ich freudig darauf ein, und sofort machten wir uns an die Stoffwahl. Vom Bauernkrieg kamen wir auf Florian Geyer und Thomas Münzer und zuletzt auf den Böhmen Ziska, welchen Lassalle für den Geeignetsten hielt. Er versprach, gleich nach seiner Ankunft in der Schweiz ans Werk zu gehen.

Jetzt, in später Abendstunde, war der leidige Abschiedsmoment gekommen, denn die Gäste wollten mit dem letzten Bahnzug nach Worms fahren, wo sie im „Alten Kaiser" ein Zusammentreffen mit Doktor J. B. v. Schweitzer verabredet hatten. Die am Vormittag so kühl Empfangenen zogen nun mit den herzlichsten Dankesworten meiner Eltern und Geschwister von dannen.

Am nächsten Tag folgte ich ihnen zum „Alten Kaiser" in Worms, wo außer Dr. v. Schweitzer auch Herr und Frau v. Hoffstetten eingetroffen waren, welche sich am Abend Lassalle, der Gräfin, Friedrich Städel und mir nach Neustadt a. d. Haardt anschlossen. Vor der Abreise waren übrigens noch der Dom und die prächtigen Gartenanlagen des damals schon sehr reichen jetzigen Freiherrn v. Heyl besucht worden. Beim Eintritt in den Garten fragte Lassalle den Portier: „Wie viel Arbeiter ernährt denn Herr Heyl?" und bekam treuherzig zur Antwort: „Viertausend." Die starke Betonung des einen Wortes vorher war ihm gar nicht besonders aufgefallen — er mochte sie auch vollkommen richtig und ganz in der Ordnung gefunden haben. —

Auf der Fahrt nach Neustadt hatte sich zwischen Lassalle und dem ihm gegenübersitzenden v. Schweitzer ein interessanter Meinungsstreit über die Bedeutung von Schopenhauer's Philosophie entsponnen. Schweitzer erhob Schopenhauer über alles, während Lassalle dies nicht gelten lassen wollte, sondern Hegel die Palme reichte. Durch die Ankunft in Neustadt wurde die sehr lebhaft geführte Debatte unterbrochen, sogleich aber nach dem Abendessen im „Gasthof zum Löwen" wieder aufgenommen und beharrlichst fortgesetzt. Da nach zwei Stunden Lassalle erklärte, nicht eher schlafen zu gehen, als bis er Schweitzer's Irrthum gründlich nachgewiesen habe, so verdustete eins nach dem andern, und die beiden blieben allein sitzen. Erst gegen fünf Uhr morgens soll Schweitzer erklärt haben: „Jetzt bin ich geschlagen —", worauf sie endlich ihre Betten aufsuchten.

Am folgenden Tag fanden im Garten des „Löwen" zwischen Lassalle, Schweitzer und Hoffstetten längere Verhandlungen über die nunmehr zu gründende Zeitung „Der Sozialdemokrat" statt, und gegen Abend wurde ein Spaziergang in das Thal bei Neustadt unternommen, dem sich auch die Gräfin anschloß. Man sprach über Uhland's Gedichte, wobei wieder Lassalle's fabelhaftes Gedächtniß zu bewundern war, denn er rezitirte da „Des Sängers Fluch" von Anfang bis zu Ende, ohne sich nur im geringsten zu irren. Ich drückte der Gräfin mein Erstaunen über diese doch gewiß unvorbereitete Leistung aus, worauf sie meinte: „Lassalle's Gehirn scheint mir aus zahllosen kleinen Gefächern zu bestehen, ich möchte fast sagen — Schubfächern, deren Register er nur zu ziehen braucht, um alles bis aufs kleinste klar und deutlich vor sich zu sehen." Nicht blos die nationalen Dichter rezitirte er auswendig, sondern ebenso die englischen, französischen, spanisch-portugiesischen, die italienisch-lateinischen und griechischen Klassiker, natürlich jeden in der Ursprache. In der Völkergeschichte war er im stande, über die Vorgänge eines jeden Dezenniums jeden einzelnen Volkes zu berichten, und selbstverständlich gab es kein philosophisches und nationalökonomisches Buch, das er nicht kannte. Als die Gräfin Hatzfeld den Prozeß um ihr Vermögen führen mußte und keinen resoluten Rechtsbeistand finden konnte, studirte Lassalle Jurisprudenz und gewann den Prozeß! Später verfaßte er sogar ein höchst schwieriges und umfangreiches rechtsphilosophisches Werk, „Das System der erworbenen Rechte", in welchem er auch auf diesem Gebiet ein ganz außergewöhnliches Wissen bekundete. Kein Wunder, daß er bei solch umfassendster Gesetzeskenntniß, bei solch' nie versagendem Gedächtniß und seiner Beredtsamkeit ohnegleichen bald der Schrecken der Staatsanwälte und Gerichte wurde.*)

*) Eine geradezu verblüffende Leistung Lassalle's theilte mir einige Wochen später Professor Marbach in Leipzig mit. Diesen kam er zu besuchen und fragte ihn über den Gegenstand seiner neuesten Forschung. Marbach sagte, er habe gerade den Versuch unternommen, die einzige noch griechisch existirende Seite eines (wenn ich recht behalten habe) Proteusfragments zu ergänzen und womöglich zu Ende zu führen. Hier habe sich nun, wie mir Marbach erzählte, etwas nahezu Unglaubliches ereignet, daß ihn vor Staunen „starr" gemacht: Lassalle habe ihm jenes Fragment Wort für Wort frei aus dem Gedächtniß griechisch hergesagt!!

Bezüglich des 6. Wahlkreises hat die „Voss. Ztg." folgende Vision: „Aber mitunter zeigt sich auch ein wesentlicher Umschwung der Stimmung in weiten Wählerkreisen, wie ihn niemand vorausgesehen hatte. Selbst im 6. Wahlkreis hat Herr Liebknecht im Jahre 1893 noch weitaus nicht die Hälfte der Stimmen aller wahlberechtigten Wähler erhalten. Jedenfalls muß die Linke daran denken, über kurz oder lang die jetzt von der Sozialdemokratie ausgeübten Mandate zurück zu erobern, und wo bei den bevorstehenden Wahlen dieser Erfolg noch nicht zu erwarten ist, da muß doch der Kampf eine wirksame Vorbereitung für spätere Wahlen werden."

Relativ herrlich erstrahlt im zweiten, dritten und fünften Wahlkreise der Zukunft liberaler Morgenschimmer. „In diesen drei Wahlkreisen sind die Aussichten der Linken keineswegs hoffnungslos; es ist nicht ausgeschlossen, daß in einem Kreise wie dem fünften der freisinnige Kandidat bei reger Arbeit der Wählerschaft schon im ersten Wahlgang den Sieg erringt; jedenfalls aber ist die Möglichkeit des freisinnigen Sieges in der Stichwahl für jeden dieser drei Wahlkreise gegeben."

Allmälig erwacht der weibliche Altinghausen aber wieder zur Nüchternheit des Alltagsgrauens. Die einzig treue Seele, der erste Wahlkreis, stimmt die „Voss. Ztg." zu einem Lächeln der Wehmuth, das nach der visionären Anwandlung schnell in einem Anfall trostloser Brustbeklemmungen aufgeht:

„Hier darf die Linke also auch jetzt auf den Sieg rechnen; aber auch hier wird sie vor Ueberraschungen auf der Hut sein und rechtzeitig Sorge treffen müssen, um nicht von einem erheblichen Theil ihrer eigenen Anhängerschaft im Stiche gelassen zu werden."

Man könnte Mitleid mit dem Liberalismus haben, der durch die „Vossische Zeitung" vertreten wird. Aber im Kriege ist die Sentimentalität vom Uebel. Rührig wird die Sozialdemokratie als die Partei des Lebens den Kampf aufnehmen gegen die Partei, die sich wie kaum sonst eine durch ihrer eigenen Sünden Last kein anderes Recht als das Recht zu sterben erworben hat. Ist doch gerade in Berlin das Ziel des Kampfes werth. Giebt es eine schönere Ehrenrettung des deutschen Namens, giebt es eine entschiedenere Antwort auf die verderblichen Pläne der Reaktion, als die, daß von den Zinnen aller sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise herab das rothe Banner flattert?

Städtische Fürsorge für die Lehrerschaft. Genaue Erhebungen läßt einem hiesigen Blatte zufolge die städtische Schuldeputation gegenwärtig darüber anstellen, ob die unverheiratheten Lehrer einen eigenen Hausstand führen oder nicht, das heißt, ob sie in Gemeinschaft mit Familienangehörigen, wie Mutter, Geschwister, oder nur für sich allein leben. Nach diesen Gesichtspunkten regelt sich der Wohnungsgeldzuschuß, vorausgesetzt, daß der Lehrer die Kosten des gemeinschaftlichen Haushalts allein, d. h. aus eigenen Mitteln bestreitet. In diesem Falle erhält der Lehrer den ganzen Wohnungsgeldzuschuß, während er als völlig alleinstehender Mann nur ein Drittel des Betrages zu beanspruchen hat. Die Schuldeputation stützt sich bei dieser Auslegung des Lehrerbesoldungs-Gesetzes auf die Motive desselben, sowie auf die Erklärung des Regierungskommissars, Ministerial-Direktors Dr. Kügler in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 16. Januar 1897. Es müssen deshalb die unverheiratheten Lehrer, die einen „eigenen Hausstand" führen, eine genaue amtliche Erklärung darüber abgeben, mit welchen Personen sie eine von ihnen unterhaltene häusliche Gemeinschaft führen und in welchem verwandtschaftlichen oder vertragsmäßigen Verhältniß diese Personen zu ihnen stehen.

Gesetzeskenntniß eines Briefkasten-Onkels. In Nr. 179 des „Lokal-Anzeiger" vom gestrigen Tage findet sich folgende Briefkasten-Antwort: „B. S. Ein gesetzlicher Zwang, seine Kinder taufen zu lassen, besteht für den Freireligiösen nicht, ebensowenig, sie einsegnen zu lassen. Da aber nach heutiger Sitte ein Kind ohne Taufzeugniß nicht eingeschult wird, andererseits für die Eltern der Zwang besteht, ihre Kinder zur Schule zu schicken, so dürfte dem betreffenden weiter nichts übrig bleiben, als seine Kinder zum mindesten dann, wenn sie das schulpflichtige Alter erreicht haben, taufen zu lassen. Im übrigen können wir einem jeden in seinem Interesse und dem seiner Familie nur empfehlen, sich und die Seinigen den kirchlichen Akten, wie Trauung, Taufe, Konfirmation 2c. nicht zu entziehen, denn im öffentlichen Leben wird ein großer Werth darauf gelegt, daß bestimmte Feierlichkeiten in des einzelnen Leben nicht ohne kirchliche Weihe bleiben. Auch aus praktischen Gründen sind Taufschein, Trauschein u. s. w. oft unentbehrlich.

Der Rechtsbeflissene, der diese Antwort gegeben hat, mag ein braver, der staatlichen und kirchlichen Rettungsmedaille würdiger Ordnungsphilister sein, aber vom Gesetz, über das er Auskunft ertheilen soll, versteht er gar nichts. Es dürften wenig Leute in Berlin aufzutreiben sein, denen es unbekannt ist, daß nicht allein die freireligiösen, sondern alle Eltern von dem Zwange, ihre Kinder taufen zu lassen, befreit sind, und daß von der „heutigen Sitte", einem Kinde ohne Taufzeugniß das Recht auf Einschulung zu verweigern, wenigstens im Deutschen Reiche, nun schon gar keine Rede sein kann. Der Briefkasten-Onkel des „Lokal-Anzeiger" wird am Ende einen vorzüglichen Stöcker'schen Missionar abgeben, aber wenn er seine juristischen Qualifikationen Revue passiren läßt, so muß er zu dem unter Umständen ja auch immerhin tröstlichen Schluß kommen, daß er mit Erfolg auf Zurückerstattung seines Schulgeldes prozessiren könnte.

Der provisorische Stettiner Bahnhof ist von der Bildfläche wieder verschwunden. Die Steine sind sofort abgefahren worden, um beim Ausbau des Bahndammes verwendet zu werden. An der Höherlegung der Anlagen für den Güter- und Fernverkehr wird eifrig gearbeitet.

Unter großen Ehrungen ist der hier im 81. Lebensjahre verstorbene Schriftsteller Dr. Herm. Lessing gestern Nachmittag auf dem Matthäi-Kirchhofe beigesetzt worden. Zahlreiche Schriftsteller und Künstler gaben dem Sarge das Geleite.

Das Offizierkorps des 2. Garde-Ulanen-Regiments hat sich im Vorgarten seiner Kaserne in der Invalidenstraße einen lawn tennis-Platz herrichten lassen. Dienstfreie Soldaten haben tausende von Karren Erde herausgekarrt, an deren Stelle Backsteinschutt aufgeschüttet wurde, worauf ein Lager von Beton zu liegen kam. Nach der Straße hin werden Zeltwände von Leinendrell aufgespannt, so daß die Spiele von profanen Blicken nicht „belästigt" werden können.

Für den Fall, daß der Herzenswunsch der Konservativen auf Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit einmal wieder aufs Tapet kommen sollte, kann die Angelegenheit des lawn tennis-Platzes immerhin als verwendbares Material aufgehoben werden.

Von der wiederholt empfohlenen Anbringung von Briefkästen an den Wohnungen wird nach einer Mittheilung der kaiserl. Oberpostdirektion hier immer noch nicht in dem Umfange Gebrauch gemacht, wie in anderen großen Städten. Den hiesigen Einwohnern wird daher im eigenen Interesse von neuem anempfohlen, Briefkästen an den Eingangsthüren anbringen zu lassen.

Zum Lustmorde in der Hasenhaide. Am Dienstag Abend ist ein Mann festgenommen worden, auf den die Beschreibung, die Zeugen von dem muthmaßlichen Mörder geben, paßt. Der Mann kann sich über seinen Aufenthalt in der kritischen Zeit nicht ausweisen. Ob er jedoch der gesuchte „Emil" ist, steht noch dahin. Er ist nach den bisherigen Feststellungen nicht gelernter Schlächter, wohl aber hat er verschiedentlich als Hausdiener bei Schlächtern, auch auf dem Viehhofe, gearbeitet und weiß daher mit den Handgriffen der Schlächter im allgemeinen Bescheid. Nachdem schon vorgestern Abend noch mit bezug auf diese Person Zeugenvernehmungen stattgefunden hatten, wurden am Mittwoch Morgen in früher Stunde wieder Zeugen nach dem Polizeipräsidium beordert, wo die Verhöre noch fortgesetzt werden. In der Hasenhaide machten gestern Morgen berittene Schutzmänner und Kriminalbeamte eine Streife. Zugleich suchte man die Oertlichkeit nach dem Messer ab.

Amtlich wird mitgetheilt: Der in Königs-Wusterhausen verhaftete Walther Santz ist bereits gestern Abend auf freien Fuß gesetzt. Es hat sich herausgestellt, daß der der Polizei seit langer Zeit als geistig nicht gesund bekannte Mann zu der Mordthat in gar keiner Beziehung steht.

Eine Schwindelaffäre beschäftigt augenblicklich die hiesige und die Leipziger Kriminalbehörde. Der Angelegenheit liegt der folgende eigenartige Sachverhalt zu grunde. Am 7. April d. J. wurde in Leipzig ein mit Einkassirungen betrauter Laufbursche in der Eutritzscherstraße von einem elegant gekleideten Herrn angesprochen und aufgefordert, für ihn eine Visitenkarte im vierten Stockwerke der nächsten Häuser abzugeben. Der Bursche war unvorsichtig genug, dem Fremden auf dessen Ersuchen seine Geldtasche anzuvertrauen, und als er zurückkam, war dieser natürlich damit verschwunden. In heller Verzweiflung eilte der Laufbursche in die Wohnung zurück, wo er die Visitenkarte abgegeben; dort erfuhr er, daß dieselbe auf den Namen und die Adresse eines in Berlin wohnhaften Angestellten eines großen, hiesigen Institutes lautet, daß die Empfänger der Karte denselben aber gar nicht kannten. Auf grund des von der Leipziger Behörde an die hiesige Kriminalpolizei erstatteten Berichtes wurde nun heute Vormittag der Eigenthümer der Karte hier vernommen und war nicht wenig erstaunt und entrüstet über den frechen Schwindel, welcher in Leipzig mit seinem Namen beziehungsweise mit seiner Visitenkarte getrieben worden. Der Beamte, welcher 1893/94 in Leipzig in Stellung gewesen, ist nicht in der Lage, darüber Aufschluß zu geben, wie der ihm ganz unbekannte Leipziger Schwindler in den Besitz einer seiner Visitenkarten, die er sich erst kürzlich hier in Berlin hat anfertigen lassen, gelangen und damit Mißbrauch treiben konnte. Dieser Unbekannte, nach welchem sowohl die Leipziger als auch die Berliner Polizei eifrigst forschen, ist mittelgroß, hat dunklen Bart und trug eleganten schwarzen Anzug.

Kein Steuergenie. Der Pächter des städtischen Marktstättegeldes, Herr H. Krüger, Marburgerstr. 2, sendet uns zu der einer hiesigen Korrespondenz entnommenen Meldung, die wir unter der Stichmarke „Ein Steuergenie" brachten, eine Zuschrift, in der die befremdliche Thatsache bekundet wird, daß das bei hiesigen Blumenhändlern eingesammelte Geld in aller Rechtlichkeit erhoben worden ist. Herr Krüger schreibt uns: „Ich bin der Pächter des städtischen Marktstättegeldes und habe in dieser Eigenschaft meine Stättegelderheber angewiesen, das tarifmäßige Stättegeld von allen denjenigen Gewerbetreibenden zu fordern, welche Waaren auf dem Straßendamm oder auf dem Bürgersteige aufstellen. Durch zahlreiche Verfügungen des Magistrats und rechtskräftige gerichtliche Erkenntnisse ist mir das Recht zugesprochen, auf grund des von dem Polizeipräsidium genehmigten Tarifes für die Erhebung des Marktstättegeldes vom 24. Dezember 1874, von allen Markt- und sonstigen Verkäufern, welche ihre Produkte oder Waaren auf den Straßen mit Einschluß der Bürgersteige oder auf öffentlichen Plätzen feilhalten, das vorgeschriebene Stättegeld zu erheben. Dementsprechend haben meine Stättegelderheber auch die Inhaber von Blumengeschäften, welche ihre Waaren auf den Bürgersteigen feilhalten, zur Bezahlung des tarifmäßigen Stättegeldes angehalten. Die polizeiliche Erlaubniß zur Aufstellung der Waaren auf den Bürgersteigen muß im Verkehrsinteresse eingeholt werden, sie befreit aber nicht von der Verpflichtung zur Erlegung des Stättegeldes.

Ein grauenhafter Anblick bot sich gestern Nachmittag 3½ Uhr den Straßenpassanten vor dem Hause Wienerstr. 56. Durch einen unglücklichen Umstand gerieth der sechsjährige Sohn des Pferdebahnkutschers Zeitner unter die Räder eines Fuhrwerks, welche das Kind so furchtbar zurichteten, daß es in entsetzlich verstümmeltem Zustande aufgelesen wurde. Die verzweifelte Mutter war sofort an den Unglücksort geeilt und der Vater kam gerade nach Hause, als sein Sohn bereits entseelt in die Wienerstraße 34 belegene Wohnung der Eltern gebracht wurde. Wie es heißt, soll den Wagenführer keine Schuld treffen.

Feuerbericht. In den letzten 24 Stunden wurde die Feuerwehr wenig in Anspruch genommen. Mittwoch Nachmittag 5½ Uhr hatte Feilnerstraße 4 ein Posten Wäsche in der Küche Feuer gefangen, das aber größeren Schaden nicht anrichtete. Kurz nach 8 Uhr abends erfolgte Alarm nach Ritterstraße 50, wo im vierten Stock und zwar in der Dunkelkammer der Graphischen Kunstanstalt von Pasche Feuer ausgebrochen war. Da in dem brennenden Raume sich mannigfache explosive Stoffe (Aether, Benzin, Alkohol und dergl.) befanden, war bei den Löschungsarbeiten die größte Vorsicht geboten. Glücklicherweise erlangte das Feuer keine große Ausdehnung, so daß der verursachte Schaden auch nicht bedeutend ist.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die Mitglieder werden auf die heute Donnerstag, den 21. April, abends 8 Uhr, in Bismarckshöhe (großer Saal) stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht, in welcher auch die Broschüre: „Stehendes Heer oder Volkswehr" von Bebel zur Vertheilung an die Mitglieder gelangt.

Rummelsburg. Am Freitag, den 22. April, findet im Lokal des Herrn Piatkowski eine Volksversammlung statt, in welcher unser Reichstags-Abgeordnete Arthur Stadthagen sprechen wird. Parteigenossen, agitirt dafür, daß die Versammlung gut besucht wird.

Der Vertrauensmann.

Neue Wege im Grunewald. Im Laufe dieses Sommers wird im nordwestlichen Theile des Grunewaldes ein Straßenbau vollendet werden, welcher eine Landverbindung zwischen dem durch seinen prächtigen Wald und seine schönen Aussichtspunkte bekannten Pichelswerder und dem alten Fischerdorf Tiefwerder herstellen soll. Die neue Straße führt über einige Wasserarme, welche die Havel und den Faulensee verbinden, und über nasse Wiesen. Infolge des niedrigen Geländes, das in dieser Jahreszeit einen großen See bildet, wird die Anlage des neuen Weges eine ziemlich kostspielige, da hohe Erdaufschüttungen und mehrere Brücken nothwendig sind.

Die Großfischerei in den Aemtern Mühlenhof und Müncheberg, deren bisheriger Pächter der Großfischer Ahlgrimm war, ist jetzt an die Kietzer Fischerinnung in Köpenick für 1800 M. jährlich, d. h. 600 M. weniger als Ahlgrimm zahlte, auf 6 Jahre verpachtet worden.

Mit dem Umbau der Potsdamer Provinzial-Chaussee wird in den nächsten Wochen begonnen werden. Die erforderlichen Verträge zwischen der Provinz nebst der Dampfbahn-Gesellschaft und den betheiligten drei Gemeinden wegen Uebernahme der Chaussee und der Art des Ausbaues der letzteren wie der Straßenbahn sind jetzt auch mit Friedenau und Steglitz abgeschlossen.

Gerichts-Zeitung.

Christlich-sozial ist — staatsfeindlich! Der Pastor Wittenberg, der jetzt an der Berliner Gethsemane-Kirche thätig ist und zu den „sozialistischen" Pastoren gehört, war früher Reiseprediger des schlesischen Missionsvereins. Auf einer Reise kam Wittenberg auch nach Essen und hielt dort in einer Versammlung der Sittlichkeitsvereine einen Vortrag, der wegen seiner Würdigung der Arbeitsverhältnisse, besonders der auf dem Lande, die Konservativen arg verschnupfte. In tendenziöser Ausbeutung einzelner Sätze der im Druck erschienenen Rede that sich besonders die agrarische „Schlesische Zeitung", das bekannte konservative Organ, hervor. Herr Wittenberg verlor infolge dessen seine Stellung beim Missionsverein (!). Er bewarb sich darauf um die

---

Am Sonnabendnachmittag besuchte die Gesellschaft das bei Neustadt etwas in der Höhe gelegene ansehnliche Dorf Haardt, wo in einem Gasthaus eingekehrt und bei einer guten Flasche Dürkheimer Rast gemacht wurde. Hier gab Lassalle, auf Bitten der Gräfin, eine Darstellung seines achttägigen Kassetten-Prozesses vor den Assisen in Köln, wo er sich hart in der Klemme befunden. Nach seiner Angabe war es ein aus langer Hand sorgfältig gegen ihn vorbereiteter Tendenzprozeß, der ihn vernichten sollte. Ein falscher Zeuge trat sogar mit der infamen Beschuldigung auf, Lassalle habe ihn zum Mord, zu einer Vergiftung verleiten wollen! Selbst seine äußerst umfangreiche Vertheidigungsrede ließ bei den Geschworenen keine unbedingt günstige Lösung erwarten. Der Staatsanwalt hatte eine sehr harte Strafe beantragt und der Gerichtshof sich in das Berathungszimmer zurückgezogen. Während dieser peinlich-langen Pause habe sein von ihm zugezogener Rechtsbeistand ihm den Rath gegeben, um jeden Preis aus dem Saal zu kommen; bei der ihm günstigen Menge, die den Raum gänzlich ausfülle, sei das Gelingen nicht unmöglich, und unten stehe ein Wagen bereit, ihn fortzuschaffen. Trotz der höchst kritischen Lage habe er den Gedanken an Flucht zurückgewiesen und gesagt: „Nie werden Gerichtsschranken meinen Rücken sehen." Selbst nicht die angsterfüllten Mienen seines von Breslau herbeigeeilten und in vorderster Reihe stehenden Vaters hätte seinen Entschluß wankend gemacht und, wie er hinzufügte, dies zum Glück! Denn kurz darauf sei der Hof mit einem freisprechenden Erkenntniß zurückgekehrt, und die jubelnde Menge habe ihn auf den Schultern aus dem Saal getragen.

Nach solchen interessanten Ausflügen in Neustadts Umgebung verbrachte die Gesellschaft gewöhnlich die Abende im Klavierzimmer des Hotels. Ich spielte da auf Wunsch Stücke aus meiner vaterländischen Oper und Sonaten Beethovens, z. B. die passionirte in F-moll, die in E-moll (op. 90) und die große in As-dur, einmal auch einige Akte von „Figaros Hochzeit", die Lassalle über die Maßen liebte. Wie er dann ausführlich erzählte, sei seine Liebe zur Musik und deren Verständniß hauptsächlich durch den regen Verkehr mit Hans v. Bülow erweckt und entwickelt worden: „Bülow habe ihm die heiligen Hallen der Musik erschlossen". Aus den häufigen Begegnungen beider habe sich mit der Zeit ein wahres Freundschaftsverhältniß herausgebildet, das auch dann keine Einbuße erlitten, als Lassalle sich veranlaßt sah, seine Besuche im Hause seines Freundes aus Gründen „der Frau" einzustellen, mit welcher er nicht Lust hatte gelehrte Disputationen über Philosophie und dergleichen schwierige Themata zu führen, auf die sie öfters mit Vorliebe zurückgekommen, trotzdem sie davon gar nichts verstanden habe. Ihre Sucht, mit einem Bildungsniveau etwa in Höhe französischer Mädchenpensionate ihm gegenüber die „Geistreiche" zu spielen, sei ihm lästig geworden, darum habe er eines Tages Hans v. Bülow gesagt: „Nimm mir nicht übel, wenn ich Dich künftig nicht mehr besuche, — komme Du lieber zu mir — und Bülow sei von da an regelmäßig zu Lassalle gekommen."*)

Sonntag, den 10. Juli, sollte ein Ausflug nach dem berühmten Hambacher Schloß gemacht werden. Da ich früh einen der dortigen höchsten Gipfel, den „Kalmit", besteigen wollte, wurde für den Nachmittag jenes bekannte Schloß als Rendezvous ausgemacht. Wie sich an jenem Prachtsonntag die schöne Welt aus der Höhe ausnahm, kann ich nicht mit Worten sagen, ich sagte es jedoch in Musik, zu der mir Theodor Körner's schönes Gedicht Gelegenheit gab, welches er bei Besteigung der „Riesenkoppe" dichtete, und welches den gleichen Gefühlen Ausdruck giebt, die mich auf dem „Kalmit" bewegten. Weit sah ich den Rhein hinauf, der sich wie ein Silberfaden zwischen Schwarzwald und Vogesen hinschlängelte, sah mir gegenüber die in der Sonne glitzernden Häuser der badischen Residenz und im Süden einen in den Himmel ragenden schwarzen Dorn — die Spitze des Straßburger Münsters. Rheinabwärts die Thürme des Speierer und Wormser Doms und, wie in der „Riesenkoppe" — die Heimath. Um solche Naturweihe „voll und ganz" zu genießen, muß man durchaus allein sein. Lange blieb ich auf jenem Aussichtspunkt, der, wenn ich recht gesehen habe, jetzt auch einen Aussichtsthurm hat, dann sauste ich ohne Weg und Steg, über Stock und Stein hinunter und grad auf das Hambacher Schloß los, wo ich um vier Uhr ankam und Lassalle mit der Gräfin im Schloßhof traf. Der übrige Theil der Gesellschaft kam in einzelnen Gruppen bald ebenfalls von seinem Ausflug ins Grüne zurück, und als wir alle beisammen waren, gingen wir zu Fuß nach Neustadt. Dort kamen v. Schweitzer und Lassalle auf die Politik der sogenannten „Gothaer" im Frankfurter Parlament zu sprechen, welche damals alles verdorben habe, immer nur die triviale Krämerparole gehabt hätte: „Was gemacht werden kann, wird gemacht — ha, was gemacht werden kann, wird gemacht". Schnell fand ich dazu noch eine ebenso triviale Melodie, über die sich Lassalle höchlichst amüsirte, besonders, wenn ich sie am Klavier variirte und zum Schluß einen gespreizten Marsch, den „Marsch der Fortschrittler", daraus hervorgehen ließ.

Am nächsten Tag wurde unser Hauptquartier von Neustadt nach Bergzabern verlegt, um von da den „Trifels" und die „Madenburg" zu besuchen. Beim Abstieg von letzterer versagten die Kräfte der Gräfin v. Hatzfeld: an Lassalle's Arm schwankte sie langsam den Abhang hinunter. Der interessanteste Ausflug für mich war jedoch der nach der entfernteren Bergruine Schloß Dahn. Die riesigen Mauern auf- und abschreitend besprach da Lassalle mit mir den unterdessen ausgereiften Plan der Handlung unserer projektirten Oper „Ziska"; — kühne Entwürfe, große Ideen! Dann redete er mir zu, mit ihm in die Schweiz zu gehen; da wolle er die ihm fast noch unbekannten östlichen Kantone besuchen, in meiner Gegenwart den Operntext ausarbeiten und dann, nach Deutschland zurückgekehrt, die seiner harrenden Prozesse wieder aufnehmen und „den Stier bei den Hörnern packen". Er bat mich dringend, ihn einige Wochen in die Ostschweiz zu begleiten; denn nur in Gesellschaft wolle er diese besuchen — andernfalls ginge er auf den Rigi, wo er hoffen könne, einen oder den andern seiner zahlreichen Bekannten zu treffen. Immer kam er aber darauf zurück, es sei ihm am liebsten, wenn ich ihn in die Ostschweiz begleitete. Er bat — bestürmte mich — ich konnte nicht, — ich mußte jetzt nach Leipzig und dann nach Augsburg. Hätte ich damals nur eine blasse Ahnung gehabt, welch' furchtbare Folgen sich an mein „Nein!" knüpften, so hätte ich unbedingt die geplante Hochzeit verschieben lassen, auch die Augsburger Kapellmeisterei eventuell an den Nagel gehängt und würde Lassalle in die Ostschweiz begleitet haben, wo er sicher war vor den Fäusten der Dönniges-Helene, des höllischen „Goldfuchses" auf Rigikalbad. Das Unglück schreitet schnell, und an einem Haar hängt des Menschen Schicksal: wäre ich mit ihm gezogen — alles wäre anders gekommen! Mit welcher Wehmuth betrachtete ich nachher seine Photographie, die er mir auf Schloß Dahn verehrt hatte!

Mitte Juli fuhr er fröhlich und guter Dinge im offenen Wagen mit der Gräfin aus Bergzabern, zunächst hinüber nach Karlsruhe. Die Herren v. Schweitzer und v. Hoffstetten mit Gemahlin waren schon vorher abgereist. Ich blieb noch einige Tage mit Städel zurück, welcher in Bergzabern eine Tante besuchte. Dann reiste ich schnell über Osthofen nach Leipzig. Dort traf ich leider meine Braut so bedenklich erkrankt, daß die Hochzeit, zu der schon alle Anstalten getroffen waren, nun in der That verschoben werden mußte. Nachdem etwas Besserung eingetreten, wurde die Kranke nach Gohlis gebracht. Mitte August schrieb ich Lassalle unter seiner Rigi-Adresse — ich hatte keine Ahnung von seinem stürmischen Hin und Her zwischen Genf, München, Starnberg, wo er durch Bülow's Vermittlung Wagner besuchte, welcher seinerseits wieder durch den König den alten Dönniges zur Raison bringen sollte — ich wartete vergebens auf Lassalle's Antwort — wahrscheinlich hatte ihn unter solchen Umständen mein Brief gar nicht erreicht. Als ich da zwei bis drei Wochen später im Garten bei der Mühle in Gohlis die Zeitungen überflog, traf mich die Nachricht von Lassalle's Tod wie ein Donnerschlag. Wie betäubt saß ich vor dem Unglücks-telegramm aus Genf. Erst nach längerer Zeit konnte ich mich aufraffen und meiner Braut das Fürchterliche mittheilen. Die schrecklichsten Vorwürfe, ihn nicht in die Ostschweiz begleitet zu haben, zerwühlten wochenlang mein Inneres. In dieser elenden Gemüthsverfassung mußte ich meinen neuen Beruf antreten als Kapellmeister in Augsburg.

*) Einige Jahre später saß ich in München mit Herrn und Frau v. Bülow abends beim Thee. Es kam die Rede auf Lassalle, und, um mich zu vergewissern, zitirte ich das eben Mitgetheilte; von keiner Seite wurde mir damals widersprochen. Selbstverständlich hatte es Lassalle bei Frau v. Bülow gründlich verdorben.

Pfarrei in Warkau bei der Patronin der Gemeinde, der Gräfin v. Frankenberg. Als der Landrath v. Rosenstiel von diesem Vorhaben Kenntniß erhielt, machte er sich sofort zur Gräfin Frankenberg auf die Strümpfe und hielt ihr in Gegenwart des Guts-Inspektors vor, daß dieser Pastor eine Gefahr für den ganzen Landkreis wäre. Er trete für sozialdemokratische Arbeiter ein und gefährde sowohl die großen, wie die kleinen Besitzer. Und dem Inspektor stellte der Landrath anheim, in der Gemeinde gegen den Pastor Wittenberg zu agitiren. Die Folge war, daß Herr Wittenberg die Privatbeleidigungsklage gegen den Landrath einreichte. Die Regierung erhob natürlich zu gunsten des Landraths v. Rosenstiel den Konflikt, indem sie betonte, er habe nur in Ausübung seiner Amtsbefugnisse gehandelt, da er nach den Veröffentlichungen über die Rede des Pastors der Ansicht hätte sein können, die Wahl Wittenberg's werde den sozialen Frieden im Kreise gefährden. Zur Illustration mögen an dieser Stelle einige der Ausführungen des gefährlichen Christen Wittenberg angeführt werden. Er hob u. a. die Heimathlosigkeit der Arbeiter hervor, die er darin sieht, daß sie nicht seßhaft sind, und meinte, sie müßten durch ein Häuschen seßhaft gemacht werden. Ferner sei allen Arbeitern eine Sonntagsruhe von 36 Stunden zu gewähren. Die Sozialdemokratie sei eine Zuchtruthe Gottes, vor der die Arbeitgeber Respekt hätten. Wenn die Arbeiter sich alles gefallen ließen, thäten die Arbeitgeber garnichts für sie. Die schlechte Behandlung der Arbeiter auf dem Lande treibe sie nach den großen Städten ꝛc.

Zur Verhandlung vor dem Ober-Verwaltungsgericht erschien Herr Wittenberg. Er machte geltend, er sei zwar sozialpolitisch, aber nicht sozialdemokratisch gesinnt. Im Gegentheil habe er sich stets gegen die Sozialdemokratie gewendet und sei dafür eingetreten, daß durch sozialpolitische Gesetze der Sozialdemokratie der Boden abgegraben werde. Eine in diesem Sinne geschriebene Broschüre habe sogar der Kaiser gebilligt und bei seinen vorgesetzten Behörden sei er, Wittenberg, durchaus angesehen. Wenn man ihn als eine Gefahr für einen Landkreis hinstelle, dann sei das eine grobe Beleidigung. Aus der weiteren Rede des Privatklägers geht hervor, daß er auch einen evangelischen Arbeiterverein hat gründen helfen.

Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte den Konflikt der Regierung als begründet an und entschied, daß das gerichtliche Verfahren gegen den Landrath einzustellen sei. Präsident Persius führte begründend aus: Herr v. Rosenstiel habe seine Amtsbefugnisse nicht überschritten. Als Landrath habe er die sozialpolitischen Interessen des Kreises wahrzunehmen und Gefahren vom Kreise fernzuhalten. Habe der Landrath gegen einen Predigtamtskandidaten Bedenken, so könne er sie bei der Patronin geltend machen. Aus der Broschüre des Pastors Wittenberg und aus den Berichten über dessen Vorträge, besonders denen in der Schlesischen Zeitung (die der Privatkläger als Zerrbilder bezeichnete) habe der Landrath die Ueberzeugung gewinnen können, daß Herr Wittenberg einseitig für die Arbeiter, besonders für die Landarbeiter, eingetreten sei. Es komme nicht darauf an, ob die seiner pflichtgemäßen Ueberzeugung zu grunde liegenden Angaben und Ausführungen der Zeitungen objektiv wahr seien und ob seine Ueberzeugung der objektiven Wirklichkeit entspreche. Daß er nur nach seiner pflichtmäßigen Ueberzeugung gehandelt habe, sei aber anzunehmen. Auch die dem Inspektor gegebene Anregung gehe nicht über seine Amtsbefugnisse hinaus.

Zur Beleuchtung der gegenwärtigen Absichten der Regierung des „Staates der Sozialreform" und zur Agitation unter der Landbevölkerung ist uns der Fall Wittenberg ein werthvoller und mit Dank akzeptirter Beitrag.

Eine tolle Fahrt, die die Tänzerin Anna Fey eines Nachts durch die Straßen Berlins gemacht, hat ihr eine Anklage wegen Betruges zugezogen und sie gestern vor die 7. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I geführt. Als Belastungszeuge trat ein Droschkenkutscher gegen sie auf. Die junge Dame hatte in jener Nacht eine Tournee durch verschiedene Vergnügungslokale unternommen und in verschwenderischer Weise nicht nur für sich, sondern auch für andere Personen Geld ausgegeben und schließlich einen Droschkenkutscher zu einer Fahrt nach mehreren Nacht-Cafés engagirt. Vor einem derselben hatte der Kutscher zwei volle Stunden zu warten, ehe sich die Angeklagte wieder seines Gefährts bediente und sich nach Hause fahren ließ. Sie machte dann dem Kutscher die freudige Eröffnung, daß sie ihn nicht bezahlen wolle, stürmte in ihr Haus und ließ dem Kutscher das Nachsehen. Dieser eilte ihr nach und fand sie schließlich oben auf der Treppe des vierten Stockes, wo sie sich niedergelegt hatte. Die Angeklagte bemühte sich, die Sache so darzustellen, als ob hier ein Fall Köppen vorliege, denn sie behauptete, daß der Kutscher ihr unangemessene Anträge gemacht und da sie diese zurückgewiesen, nun Rache an ihr üben wolle. Der Staatsanwalt beantragte acht Monate Gefängniß gegen das leichtsinnige Mädchen. Der Gerichtshof war aber mit dem Vertheidiger der Ansicht, daß hier nur eine sogenannte betrunkene Geschichte vorliege. Da außerdem festgestellt wurde, daß das Mädchen ausreichende Geldmittel zum Bezahlen der Droschke bei sich geführt hatte, wurden auch die Kriterien des Betruges vermißt und es erfolgte die Freisprechung der Angeklagten.

Der Wucherprozeß Labaschin, der seinerzeit zu den „großen" Prozessen dieser Art gerechnet wurde, ist noch immer nicht erledigt, obwohl mehr als drei Jahre seit dem ersten Verhandlungstermin vergangen sind. Labaschin ist am 10. April 1895 zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden, das Erkenntniß der vierten Strafkammer wurde aber vom Reichsgericht aufgehoben. Seitdem wurde von Zeit zu Zeit ein Termin angesetzt, der im letzten Augenblicke sei es durch Krankheit des Angeklagten, sei es durch Krankheit oder Verhinderung von Zeugen wiederholt vereitelt wurde. In der Zwischenzeit ist ein wesentlicher Zeuge verstorben, ein anderer ist ins Ausland gegangen, ein dritter ist schwer leidend. Heute, Donnerstag, steht nun wieder ein Termin vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I an, in welchem es hoffentlich gelingen wird, der alten Seeschlange endlich das Lebenslicht auszublasen.

In Sachen der Garantiefondszeichner der Berliner Gewerbe-Ausstellung 1896 steht, wie in der gestrigen Sitzung des Grundbesitzer-Vereins „Südost" mitgetheilt wurde, am 7. Mai, vormittags 10 3/4 Uhr, vor dem fünften Zivilsenat des Kammergerichts Termin an. Wie bekannt, hat das Landgericht Berlin I seinerzeit diejenigen Garantiefondszeichner, welche die Zahlung der von ihnen eingeforderten Theilquote unter dem Einwande verweigerten, daß der Arbeitsausschuß eine Schlußrechnung noch nicht gelegt habe, mit diesem Einwand abgewiesen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

Schmierfinke. Es giebt nichts, das stets, und nichts, das nie als Beleidigung aufgefaßt werden kann. — **2 Wettende.** Sie sind wahlberechtigt.

Witterungsübersicht vom 20. April 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemde.	765	N	2	bedeckt	4	Haparanda	772	N	2	wolkenl.	−2
Hamburg	765	NO	1	bedeckt	5	Petersburg	765	O	2	Schnee	0
Berlin	764	Still	—	hld. bed.	6	Cork	760	NNW	5	hld. bed.	11
Wiesbaden	765	SW	1	bedeckt	10	Aberdeen	763	SSO	4	wolkig	7
München	766	NW	4	bedeckt	9	Paris	763	SW	2	hld. bed.	8

Wetter-Prognose für Donnerstag, 21. April 1898.

Ziemlich kühl, zeitweise aufklärend, vorwiegend trübe bei schwachen nördlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 21. April.

Opernhaus. Wilhelm Tell. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Gyges und sein Ring. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röß'l. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Die Mottenburger. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Der Hüttenbesitzer.. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Brand. Anfang 8 Uhr.
Unter den Linden. Der Opernball. Anfang 7½ Uhr.
Renes. Die Freuden der Häuslichkeit. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Der Fall Corignan! Anfang 8 Uhr.
Thalia. Der Zimmerfestl. Anfang 7½ Uhr.
Central. Das alte lustige Hamburg. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Kaiser und Galiläer. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Arme Mieze! Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der Trompeter von Säkkingen. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Hannemanns Abenteuer. Der gefesselte Storch. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48—49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Passage-Panoptikum. 36 schwarze Mädchen aus unseren afrikanischen Kolonien.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7¼ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag:
Brand.
Freitag:
Ein Nachtlager Corvins
Sonnabend:
Zum ersten Male:
Blaues Blut.
Anfang 8 Uhr.

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Zum 72. Male:
Unter der Polarsonne.
Anfang 8 Uhr.
Im Dunkel vor u. nach der Vorst. **Gr. Frei-Konzert.** Anfang 7 Uhr.
Morgen und folgende Tage: **Dieselbe Vorstellung.** Sonntag Nachmittag halbe Preise: **Die Räuber.**

Feen-Palast

Burgstraße 22.
Direktion: **Winkler u. Fröbel.**
Unsere bekannten
Riesen-Räume
stehen größeren
Vereinen und Gesellschaften
jeden Tag, auch Abends, zur Abhaltung von
Festlichkeiten
und
Versammlungen
wieder zur Verfügung.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Arme Mieze!
Posse mit Gesang in 7 Bildern nach O. F. Berg, frei bearbeitet von Max Schönau. Musik von Fritz Krause.
Marie: Anna Müller-Lincke.
Morgen: **Dieselbe Vorstellung.**
Direkte Verbindung mit dem Theater. Elektrische Bahn: Dönhoffplatz—Reichenbergerstraße in 10 Minuten.
Vorbestellungen v. Billets **durch Telephon Amt 4 Nr. 2074** werden **ohne Aufgeld** an der Abendkasse reservirt.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Nur bis 1. Mai!
Grandioser Erfolg!
Gastspiel des plattdeutsch. Gesammt-Ensembles des Ernst Drucker-Theaters aus Hamburg.
Das alte lustige Hamburg.
Große Volksposse mit Ges. und Tanz in 5 Bildern von G. Okonkowski. Musik von H. Groth. In Szene gesetzt von W. Biel.
In Hamburg über 100 Mal in Szene gegangen.
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Donnerstag:
Das alte lustige Hamburg.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Gift.
Lustspiel in 1 Akt von Jones.
Neu! Dann: Neu!
Bäckerliebe.
Posse mit Gesang in einem Aufzug.
Zum Schluß:
Auf allgemeines Verlangen:
Eine alltägliche Geschichte.
Bild aus dem Berliner Leben.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.

Nur noch kurze Zeit!
Neues
Olympia-Riesen-Theater
(Circus Renz) Karlstrasse
Preis-Ringkampf
Theodor Heidke
und
Herm. Johst
in
Bolossy Kiralfy's
Constantinopel.
Sport-Wettrennen.
Auftreten von
Innocenti Arnaldo
der berühmte Dauerläufer Rom—Berlin.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachm. 1 Kind frei.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
In Zossen.
Billet-Vorverkauf von 12 bis 2 Uhr.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab. Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr: — Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57—62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panoptikum.

36 schwarze Mädchen
aus unseren afrikanischen Kolonien.
Vorstellungen 11, 12, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr.

Ausstellung am Kurfürstendamm.

G. m. b. H.
Carl Hagenbeck's
sensationelle Special-Ausstellung
INDIEN
mit 200 Eingeborenen Vorder-Indiens u. d. Insel Ceylon wird
eröffnet 23. April
Saisonkarten à 6 M. Kinder 2 M.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Eugenie Fougère
Sign. Salerno, Bonhair Troupe
Robert Steidl
und 20
hervorragende Spezialitäten.
Kassenöffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.
In Vorbereitung:
Don Juan in der Hölle.
Phantastische Ausstattungs-Burleske in 2 Bildern.

Budapester

Kaufmann's Variété.
Direktion: Gebrüder Herrnfeld.
Von heute ab ein neues
Riesen-Programm des Humors!!
Noch niemals dagewesen!! Unkopirbar in seinem Genre!!
Zum 1. Male:
Budapester u. Berliner
Humor in grandioser Zusammenwirkung
Donat und Anton Herrnfeld im lustigsten Gegensatz zu Martin Bendix in
„Die vierte Frau"
Vorher Punkt 8 Uhr:
Der zwerchfellerschütternde Schwank
Von Dreien der Glücklichste.
Anfang präz. 8 Uhr.
Vorverkauf von 10—5 Uhr.

Volks-Versammlung

für Rummelsburg u. Umgegend
Freitag, den 22. April 1898, abends 7½ Uhr im Lokal des Herrn Platkowski, Hauptstraße 83.
222/14
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Arthur Stadthagen: „Gewalt geht vor Recht".** 2. Diskussion.
Um recht zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vertrauensmann.

Zentral-Krankenkasse der Maurer etc.

„Grundstein zur Einigkeit".
Sonntag, 24. April, vorm. 10 Uhr, in Stabernack's Salon, Inselstraße 10:
Ordentliche Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht vom 1. Quartal 1898. 2. Anträge zur General-Versammlung. 3. Antrag der Mitglieder von Schöneberg, Nord-Ost und Norden. 4. Verschiedenes. 149/3
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Verwaltung. J. A.: W. Garbe.

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 24. April, abends 7 Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstrasse No. 75:
Vortrag von Frau **Dr. Zepler**
über
„Kommunistische Gemeinden".
Nachdem:
Gemüthliches Beisammensein und Tanz.
Eintritt 10 Pf. 5/2 Garderobe 10 Pf.

Castan's Panoptikum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das **BÄRENWEIB.**

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage), Annenstr. 42/43.
Direktion: Richard Winkler.
Heute:
Grosse Gala-Vorstellung.
Ein echt Berliner Kind.
Große Posse mit Gesang in 1 Akt.
Famille Barsikow,
unübertreffliche Parterre-Akrobaten.
Miß Frieda, die reizende Luftfee.
Mr. Arion, berühmter Kunstpfeifer.
Grete Greffin u. Gustav Fischer, Original-Duettisten. Neues Repertoir.
Auftr. des gesammten Kunstpersonals in seinen Glanznummern.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
Die für den Feen-Palast ausgegebenen Ehren- u. Vorzugskarten haben Giltigk.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Theater und Spezialitäten-Vorstellung.
Novitäten-Programm.
Neu! **Marietta Berndt,** Neu!
Kostümsoubrette.
Im Schlafe. Schwank. **Neu!** Ultimo. Posse.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonn- u. Festtags 6 Uhr.
Avis! Am 16. Mai: Eröffnung der Sommer-Saison. Gastspiel des bekannten Theater-Direktors Hrn. Eugen Bruhn mit seinem renommirten vorzügl. Ensemble. Diese Vorstellungen finden täglich im schönen, schattigen Garten und bei ungünstiger Witterung im Saale statt.

Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes

zu Berlin.
Freitag, den 22. April 1898, abends 6 Uhr:
Ordentl. Generalversammlung
der Mitglieder
(Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
im Lok. d. Herrn Buske, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Ergänzungswahl der Delegirten. § 47 des Statuts (10 Arbeitnehmer). 2. Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Freitag, den 22. April 1898, abends 7 Uhr:
Ordentl. Generalversammlung
der Delegirten
(Arbeitgeber und Arbeitnehmer)
im Lok. d. Hrn. Buske, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht pro 1897 und Bericht des Prüfungsausschusses. 2. Ersatzwahl des Vorstandes (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 3. Geschäftliche Mittheilungen. 4. Statutenberathung der §§ 1—68. 5. Verschiedenes. 6. Anträge von Mitgliedern.
Der Vorstand.
Paul Hermann, Vorsitzender. Rudolph Schmidt, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse für das Tapezierergewerbe zu Berlin.

General-Versammlung
am Montag, den 25. April, abends 8½ Uhr,
in den **„Armin-Hallen",** Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungsbericht. 2. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Jahres 1897 und Ertheilung der Decharge. 3. Bekanntmachung der Beschlüsse des Vorstandes. 4. Antrag des Vorstandes: Das Kassenlokal vom 1. Mai ab auch Sonnabends um 5 Uhr zu schließen. 5. Verschiedenes.
Wegen der wichtigen Tages-Ordnung ist das Erscheinen dringend erforderlich. 29915
M. Oest, I. Vorsitzender,
Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 53.

Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Metalldreher

Adolf Siebert,

am 18. April, abends 10 Uhr, nach schwerem Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 22. d. M., nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes (Gesundbrunnen aus statt. 29890

Am 18. April, nachmittags 2½ Uhr, endete ein sanfter Tod die langen schweren Leiden meiner über alles geliebten Frau, unserer guten Tante

Lina Rauchhaus,

geb. **Köster.**
Tiefbetrübt zeigt dies allen lieben Freunden, Kollegen und Bekannten mit der Bitte um stilles Beileid an
Im Namen der Hinterbliebenen
Der trauernde Gatte
Julius Rauchhaus,
Buchdrucker,
29826] Markgrafenstraße 9.
Die Beerdigung findet heute Nachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee 15—17, aus statt.

Dem **Tambour-Verein Wirdel** meinen herzlichsten Dank für die Theilnahme bei der Beerdigung meines Mannes sowie für die Blumenspenden.
Wittwe C. Strube nebst Familie.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Theilnahme sowie Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Werkmeisters

Albert Bork,

sagen allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Moabiter Geburtstagskind, unsern aufrichtigsten Dank. 29846
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ortskrankenkasse der Gürtler.

Zu der am
24. d. M., vormitt. 10 Uhr, Rannynstr. 27,
stattfindenden
General-Versammlung
werden die Herren Vertreter der **Arbeitgeber und Arbeitnehmer** ergebenst eingeladen.
Tagesordnung:
1. Bericht der Prüfungskommission und Abnahme der Jahresrechnung. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Berlin, den 21. April 1898.
Der Vorstand.
G. Kneiff, Vorsitzender.
Nach Schluß dieser Versammlung findet daselbst eine
General-Versammlung
für die Mitglieder der Invalidenkasse der Gürtler
statt. Tagesordnung:
1. Bericht der Prüfungskommission und Abnahme der Jahresrechnung. — 2. Kassenbericht. 29865
Der Vorstand.

W. Hoack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Gr. Extra-Theatervorstellung
Die schöne Kloster-Bäuerin.
Volksstück
mit Gesang in 3 Akten von Prüller.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten, Tabak
Gerichtstr. 28, Bahneingang part.

Donnerstag den 21. April

Tischtücher, gesäumt 1.85 u. 2.40 Mk.

Kaffeedecken, mit bunter Kante u. Fransen 1.90 Mk.

Servietten, gesäumt Dtz. 4.20 u. 7.20 Mk.

Küchen-Handtücher, gesäumt Dtz. 5.40 Mk.

Stuben-Handtücher, gesäumt Dtz. 6.50 u. 8.75 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Waarenhaus P. Rothenberg

Moabit, Thurmstrasse 31, Ecke Wilhelmshavenerstrasse

Grosse Auswahl nur bester Schuhwaaren.

Abtheilung Schneiderei-Artikel.

Schweissblätter, Paar 8, 10, 15, 20—50 Pf.
Taillenstäbe, gekapselt, Dtz. 12, 18 u. 27 Pf.
Runde Kragen-Einlage, Mtr. 15 u. 20 Pf.
Chappe-Seide, 2 Docken 5 Pf.
dto. beste auf Rollen, 50 Mtr. 4 Pf.
Taillen-Gurt-Band m. Gold-St., 8 Mtr. 30 Pf.
Prima Halbleinen Band m. **Goldfaden,** St. 5 Pf.
Perlmutterknöpfe, Dtz. 10, 15 u. 20 Pf. etc.
Sämmtliche Damen-Besatz-Knöpfe.
Posament-Besätze, Mtr. v. 4 Pf. ab bis zu den feinsten Genres.
Taillen-Garnirungen in Schmelz, Seide etc., v. 60 Pf. an bis zu den feinsten Genres.

Putz-Abtheilung.

Hutformen, Ia. Matelot . . . . . St. 33 Pf.
„ Bolero . . . . . „ 1,05 M.
Garnirte engl. Hüte mit Band . . . „ 72 Pf.
„ Strohborten-Hüte mit Band „ 1,55 M.
Strohborten . . . . . Mtr. 17 Pf.
Primeln St. 1 Pf., Kornblumen 2 Pf.
Rosen 4 Pf., **Reseda** Dtz. 10 Pf.
Seidenband, glatt u. gestr., Mtr. 21 Pf. bis zu den feinsten Qualitäten.
Tülle, Spitzen, Schleier in reichster Auswahl.
Gürtel und Blousenhemden.

Manufakturwaaren.

Gestr. Rockstoffe . . . . . Mtr. 31 Pf.
Cheviots in allen Farben . . . . . „ 48 „
Blousen-Stoffe, schwarz u. weiss . „ 74 „
Reinwoll. Crêpe-Beige . . . . . „ 84 „
Promenaden-Stoffe mit Seide . . . „ 98 „
Teppiche, Gardinen.
Möbelstoffe, Läufer.
Tischdecken.
Kleidchen, Blousen.
Damen- und Herren-Wäsche.
Corsets, Schirme.

Sämmtl. Haushalt-Artikel in grosser Auswahl.

Damen-Glacé-Handschuhe mit 4 Knöpfen, Paar 78 Pf.

Verkauf ohne Ausnahme zu sehr billigen aber festen Preisen.

---

67. Dresdenerstrasse 67.

Bis auf Weiteres:
Zwiebelleberwurst in ganzen Würsten ca. ½—1 Pfd., à Pfd. 40 Pf.
Thüringer Blutwurst (nach Original-Rezept fabrizirt) v. 40 Pf. v. Pfd. an.
Feine Sülzwurst . . . . à Pfd. 55 Pf.
sowie alle Sorten Salami-, Mett- u. Cervelatwurst
zu den billigsten Preisen.
Hochachtungsvoll **Rich. Faulmann & Co.**
Bei Vorzeigung der gesammelten Kassen-Bons gebe auf 50 Mk. 1 Mk. Rabatt. 48272*

Grosser Möbelverkauf. Die Möbel-Fabrik **Neue Schönhauserstr. 2** (früher Rosenthalerstr. 13) liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verliehener gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt. Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb. [4439L*

Jede Dame — spart Geld — beim Einkauf [64/8]
Modell- Kragen u. Capes, hocheleg. à jour-Stickereien auf Moiré, Seidenplüsch, Tüll, Seidencrapon, Tuch, Rips v. 3-25 M., Reisecostümes v. 8 M. an.
Jaquets, neueste Façons, mit u. ohne Seidenfutter, 5-15 M.
Frühjahrscapes, karirt von 7 M., Reisemäntel 5 M. an. Jetzt Einzeln im
Engros-Verkauf also ohne **Zwischenhandel** in enormer Auswahl
Landsbergerstr. 59, eine Treppe **kein Laden, Max Mosczytz.**

Eine Zuckerin-Tablette
zu 2 Pfennig
ist so süss, dass der Süsswerth von
1 Pfd. Zucker nur 12 Pfennig
kostet. **1 Liter Kaffee zu versüssen kostet nur 1 Pfennig.** 19/15*
Man verlange ausdrücklich **„Zuckerin"**-Tabletten, deren Echtheit an der gesetzlich geschützten **gerieften** Form zu erkennen ist.
Erhältlich in Kolonialwaaren-Handlungen.

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk kauft man gut und billig bei [4643L*
Adolf Wecker, Molkenmarkt 3, Blusenfabrik für alle Gewerke.

Für 2—3 Mark
Reste sehr groß, zu Knabenanzügen, Reste zu Herrenanzügen, schöne Muster 7—10 M. Für 12 M. ff. Cheviots auch Kammgarnreste, Paletot- und Hosenreste so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Lustig, Berlin S.,** Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. Viele Anerkennungsschreiben.

Möbel-Verkauf.
Oranienstr. 73, Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehener gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

Wer will viel Geld verdienen, verkaufe bei hoher Provision Must. grat. u. franko **H. Ruffs, Einbeck** **Tapeten** in Hann.

Betten Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Portièren, Chaiselongues, Tischdecken.
Sommerpaletots, Anzüge, Hosen, Remontoiruhr., Regulatoren, Reisekoffer, Operngläser, spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

Durch Ersparniß
der Ladenmiethe billiger als im Laden:
Gardinen, Portièren, Tischdecken, Teppiche.
Oranienstr. 166, 1 Treppe. Kein Laden! 47109*

Zu Sommerfestlichkeiten.
Großer Saal und Garten mit Theaterbühne, 2000 Personen fassend, Vereinszim., 2 Kegelbahnen, empfiehlt
Julius Wernau,
48048 Schwedterstr. 23/24.

Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen.

Ton-Halle,
Friedrichstraße 112.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: **Gr. Ball.** 47382*

Allen Freunden u. Genossen empfehle ich mein 48269*
Weiss- u. Bayr.-Bier-Lokal.
Vereinszimmer, 15—40 Pers. fass., m. Piano u. Billard, sowie zu Zahlstellen, stehen zur Verfügung.
Ferdinand Schulz,
Schöneberg, Bahnstraße 35.

Lohnende Fabrikationen.
Verlangen Sie **Gratis**zusendung des illustr. Kataloges durch den Verlag „Der Erwerb", Dresden-N. 7. 14/5*

Mein **Zahn-Atelier** habe ich von der Blumenstr. 59 nach dem Hause **Nr. 64** verlegt.
H. W. Jaentsch
Sprechst. 9—6 Uhr. [19/7*

Möbel
verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.**
Beamten ohne Anzahlung. 40552*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Für Bibliotheken!!
Neue Zeit, 1893—97, 10 Bde., halbfr. à 3,50 (statt 7 M.). **„Vorwärts",** Zentr.-Org., Jhrg. 93—96, broch. 12 M. „Norddeutsches Volksblatt" in Bant.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Fahrräder, erstklassiges Fabrikat, Reparatur-Werkstatt **Franz Stange,** **Oppelnerstr. 7,** 1 Tr.

Möbel auf **Theilzahlung.**
J. Kellermann, Neue Jacobstr. 26.

Restauration u. Stehbierhalle, voll. Konzession, Nähe der Markthalle, ist besonderer Umstände wegen **sofort** preiswerth z. **verkaufen.** Offert. unt. **N. 3** an die Exp. d. Bl.

Für 36 Mark
fertige feine Anzüge nach Maaß, für 30 M. ff. Sommerpaletots nach Maaß, für 8—12 M. feine Hosen nach Maaß.
Riesenstofflager Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Eckdestillation m. Vorgarten preiswerth zu verkaufen. Näheres Spedition des „Vorwärts", Gesundbrunnen, **Gaßmann,** Grünthalerstr. 65, abends 6—8 Uhr. [48652*

Freunden und Genossen empfehle mein **Weiss- und Bayrisch-Bier-Lokal,** sowie Vereinszimmer mit Piano. **Hermann Balcke,**
29726 Lietzmannstraße Nr. 1.

Ich nehme die gegen Herrn Werner gethane Verleumdung zurück und erkläre denselben für einen Ehrenmann.
29836 Frau Heinrich.

Ein kl. Bierverlag mit Jungbierverkauf (Keller), vor. Sommer 3 Tonnen Abs. p. Woche. Mehl- u. Vorkostwerk., hübsche Wohn., Wasser frei, weg. Uebernahme e. Restaur. sehr bill. zu verk. Off. sub **K. 3** an d. Exp. d. Bl.

„Neue Zeit" Jahrg. 83—90 zu verkaufen. Off. unter **O. 3** i. d. Exp. [29978

Arbeitsmarkt.

Tüchtige Farbigmacher und Versilberer finden lohnende Beschäftigung. 29885
Goldleistenfabrik **Alexandrinenstr. 25.**

Ein flotter **Passepartouts-Arbeiter** für eine süddeutsche Passepartouts-Fabrik sofort dauernd zu engagiren gesucht.
Offerten an die Expedition d. Bl. unter **M. 3.** 48562*

Binder-Monteur gesucht!
Tüchtiger, erfahrener **Monteur** gesucht für **Binde- und Nähmaschinen.**
Schmidt & Spiegel,
Maschinenfabrik,
Halle a. Saale.

Schuhfabrik. Kopenhagen.
Tüchtige Ueberhaler für die Zwickmaschine finden dauernde und lohnende Arbeit bei **W. Schäfer u. Co.,** Kopenhagen K.

Tüchtige Schraubendreher verlangen
Falz & Kannenberg,
Leipzig, Eutritzscherstr. 11.

Tüchtige
Granitschrifthauer
werden sofort verlangt
W. Sipperling,
Blücherstr. 1.

Gute Knopflochmacherin auf Herrenwesten verlangt bei hohem Lohn **Hutzel.**
29796 Joachimstr. 18, v. I.

Eine tüchtige Belegerin findet dauernde Beschäftigung. [29815
D. Meier, Kastanien-Allee 79.

Farbigmacher verl. Oranienstr. 119.

Perfekte Taillenarbeiter suchen sofort
2992b **Hain u. Krüger,** Jägerstr. 27.

Perfekte Mamsells auf bessere Maß-Jaquets und Röcke suchen sofort
2993b **Hain u. Krüger,** Jägerstr. 27.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.